

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 18, Juli 2003

Inklusion oder Exklusion? Erwerbsübergänge in und aus Teilzeitarbeit in Deutschland.

Andrea Schäfer

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 18, Juli 2003

Inklusion oder Exklusion? Erwerbsübergänge in und aus Teilzeitarbeit in Deutschland.

Andrea Schäfer

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

Inhaltsverzeichnis

1.	Ziel und Fragestellung der Arbeit	1
2.	Theorierahmen	2
2.1	Spezifika des deutschen Wohlfahrtsstaates	7
2.2	Theoretische Erkenntnisse zu Übergangsmodellen in und aus Teilzeitbeschäftigung	10
2.2.1	Humankapitaltheorie.....	10
2.2.2	Der Ansatz der Haushaltsstruktur.....	11
2.2.3	Ansätze zur Arbeitsmarktsegmentation	12
2.2.4	Theorien individuellen Handelns.....	13
2.3	Inklusion und Exklusion	14
3.	Forschungsstand zu Übergangsmodellen in und aus Teilzeitbeschäftigung.....	17
4.	Der Modellrahmen	20
4.1	Spezifikation der Hazard-Funktion.....	20
4.2	Einzelne Episoden.....	21
4.3	Mehrzustandsmodell	22
5.	Typen von Erwerbsverläufen	24
5.1	Inkludierende, exkludierende und erhaltende Übergänge.....	24
6.	Einflussfaktoren	25
6.1	Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in die Erwerbstätigkeit	26
6.2	Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in die Nichterwerbstätigkeit.....	26
6.3	Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in die Arbeitslosigkeit.....	27
6.4	Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in den Hausfrauen/männerstatus.....	27
7.	Zentrale Ergebnisse und Schlussfolgerungen	28
	Literaturverzeichnis	35
	Anhang.....	39

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Abhängige Erwerbstätige nach Erwerbsumfang in West- und Ostdeutschland 1991-2001, - Alter (16-65 Jahre) -	3
Abbildung 2:	Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern nach Stellung im Beruf Von 1984 bis 2001 in Deutschland	3

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Episoden nach Region und Geschlecht	39
Tabelle 2:	Pseudoüberlebenszeiten in West- und Ostdeutschland nach Geschlecht	39
Tabelle 3:	Erwerbsverläufe in Ost- und Westdeutschland nach Geschlecht	40
Tabelle 4:	Modelle für Übergänge in ERW, NERW, ALO, HAUS im Zeitraum von 1995 bis 1999 (Neue BL und Ostberlin)	41
Tabelle 5:	Modelle für Übergänge in ERW, NERW, ALO, HAUS im Zeitraum von 1995 bis 1999 (Alte Bundesländer)	43

Inklusion oder Exklusion? Erwerbsübergänge in und aus Teilzeitarbeit in Deutschland

1. Ziel und Fragestellung der Arbeit

Die Forschungsergebnisse der letzten Dekade zeigen, dass seit Ende der 70er-/Anfang der 80er-Jahre die Beschäftigungsraten, insbesondere in den Teilzeitarbeitsverhältnissen, stetig gestiegen sind. Dieser Zustrom von zumeist weiblichen Beschäftigten wird auch als „Feminisierung des Beschäftigungssystems“ bezeichnet. Also eine zunehmende Integration¹ von zumeist Frauen in den Arbeitsmarkt. Sozialstrukturelle, statistische Auswertungen lassen jedoch vermuten, dass es starke Variationen sowohl zwischen Regionen wie auch Sektoren/Branchen als auch hinsichtlich sozialstruktureller Charakterisierungen dieser Gruppen gibt. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Reaktionen auf strukturellen Veränderungen, d. h. die Nachfrage und Frage nach der Form und dem Niveau der Teilzeitarbeitsverhältnisse, bzw. ob diese eine beständige Inklusion der Beschäftigten in das Beschäftigungssystem garantieren oder der Exklusion der Beschäftigten Vorschub leisten. Innerhalb der Debatte von Implikationen der Wandlungsprozesse stellt sich demnach die Frage, ob diese Entwicklung generell als zunehmende Inklusion von Frauen in den Arbeitsmarkt zu interpretieren ist und damit, bedingt etwa durch wohlfahrtsstaatliche Eingriffe, einer Verbesserung der Vereinbarung von Familie und Beruf förderlich ist oder ob dies eine Entwicklung ist, die eher einer Exklusion spezieller Beschäftigungsgruppen dient und somit unter wohlfahrtsstaatlicher Federführung den Geschlechterkontrakt aufrechterhält oder ob es sich um Flexibilisierungsprozesse handelt, d.h. der zunehmende Wettbewerbsdruck sich in verstärkenden Druck auf die finanziellen Entlohnungen von Arbeit und Arbeitsbedingungen auswirkt. Welche Bedeutung hat Teilzeitarbeit für das Beschäftigungssystem, d. h. für die Inklusion oder Exklusion von Beschäftigten in die Erwerbstätigkeit und von welchen Faktoren werden die Berufsverläufe/Übergänge der Personen determiniert? Wie ändern sich durch Flexibilisierungsprozesse Geschlechterverhältnisse?

Die Teilzeitarbeit wird hier als eine besondere Erwerbsarbeitsform betrachtet, die überwiegend eine Frauenarbeitsform ist.

Die bisher vorliegenden Konzepte zur Erklärung von Teilzeitarbeit bieten relativ eindimensionale Erklärungen². Statt dessen ist eine Bestimmung der Qualität der Inklusion von Teilzeitbeschäftigten auf eine komplexere Analyse angewiesen: als Zusammenspiel von Beschäftigungssystem, von

¹ Die Erhöhung der Teilzeitquoten kann als Indikator für die Konvergenzthese angesehen werden. Ein von allen Staaten ähnlich erfahrener ökonomischer Druck führt zu ähnlichen sozialen Prozessen.

wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen, von Präferenzen der Akteure und dem Familien- oder Haushaltskontext. Es geht um die Erfassung der komplexen Zusammenhänge, Prozesse und Muster³. Über beruflichen Lagen⁴ wird der Frage nachgegangen, wie Inklusionen verlaufen. Diese Lagen sind u. a. zu unterscheiden durch den Grad, in dem sie soziale Rechte und soziale Pflichten bündeln. Wichtig ist die Frage, welche beruflichen Lagen benachteiligt sind und worauf Exklusion beruht. Hier spielt die Geschlechterhierarchie eine wesentliche Rolle, um die Verteilung beruflicher Lagen sinnvoll interpretieren zu können. Geschlecht ist somit eine Strukturkategorie, die Inklusion und Exklusion strukturiert.

2. Theorierahmen

Im Mikrobereich der Gesellschaft lassen sich Faktoren wie z.B. das auf sozialen Motiven wie Identitätsbildung, Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit beruhende Emanzipationsbestreben von Frauen, die Grenznutzenabwägung zwischen Einkommen und Freizeit oder Reproduktionsarbeit und die Notwendigkeit zu einem Zuverdienst ausmachen, die zu der Veränderung im Erwerbssystem geführt haben (Quack, 1993; Becker, 1964). Im Makrobereich der Gesellschaft dagegen bewirkten Faktoren wie z. B. die Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft, die „Erosion“ des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses⁵ und die Bildungsexpansion von Frauen einen Wandel innerhalb der Arbeitsverhältnisse (Quack, 1993; Blossfeld et al., 1997). Dieser Wandel drückt sich nicht nur in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von Männern aus, wodurch diese nicht mehr fähig sind das Familieneinkommen zu erzielen und stärker vom zusätzlichen Erwerbseinkommen ihrer Frauen abhängen, sondern auch in einem zunehmenden Einschluss von Frauen in den Arbeitsmarkt per Teilzeitbeschäftigung.

Näher betrachtet ergeben sich einige interessante Entwicklungen im Umfang der Erwerbstätigkeit. Die Vollzeitquote sank im Zeitraum von 1991 bis 2001 in den neuen Bundesländern um 15,8 % von 94,0 % auf 78,2 %. Auch in den alten Bundesländern ist im selben Zeitraum eine Abnahme der Vollzeitquote um 10,0 % zu verzeichnen. Interessant erscheint vor diesem Hintergrund die Entwicklung der Teilzeitquote in Deutschland. Der Anstieg der Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten ist – vor allem in Westdeutschland – auf den Anstieg der Teilzeitarbeit zurückzuführen. In den

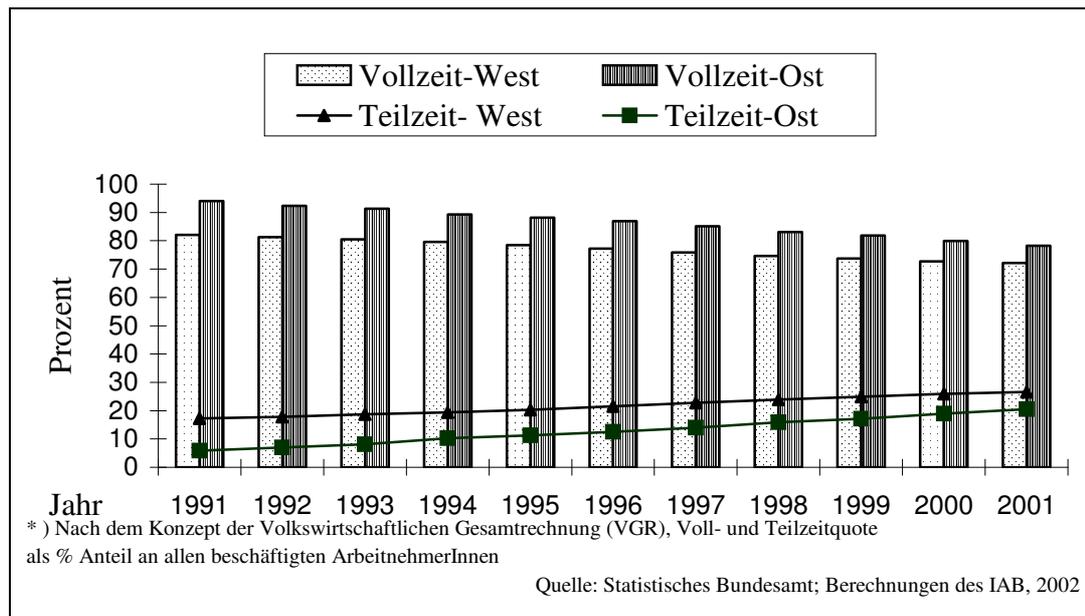
² Etwa durch die Zuordnung zu einem sekundären Arbeitsmarktsegment, durch den Ausbau des Dienstleistungssektors, durch Erklärungen über die Reproduktion, über den Zusammenhang von Frauenerwerbsquote und Institutionen zur Kinderbetreuung oder über Einstellungen von Frauen zur Erwerbsarbeit.

³ Dem Ansatz der neueren Genderungleichheitsforschung, der einen relativ universalistischen Geschlechterbegriff zu überwinden sucht und Geschlechterverhältnisse als historisch gewachsene, also auch veränderliche, sozial produzierte und ausgehandelte betrachtet, kann in dieser Untersuchung nicht nachgegangen werden. Ein erweitertes Gender Konzept zu integrieren wäre Aufgabe nachfolgender Untersuchungen (Gottschall, 2000).

⁴ Beruflichen Lagen werden so verstanden, dass auch Rentner, Auszubildende und Hausfrauen berücksichtigt sind. Zur Definition der sozialen Lagen wird die Stellung im Beruf herangezogen.

alten Bundesländern stieg die Teilzeitquote von 17,2 % im Jahr 1991 auf 26,6 % im Jahr 2001. Dieser Trend kann auch in den neuen Bundesländern nachgewiesen werden. Hier ist in den zehn Jahren von 1991 bis 2001 ein Anstieg der Teilzeitquote von 5,8 % auf 20,6 % zu registrieren (Statistisches Bundesamt, 2003; Abb. 1).

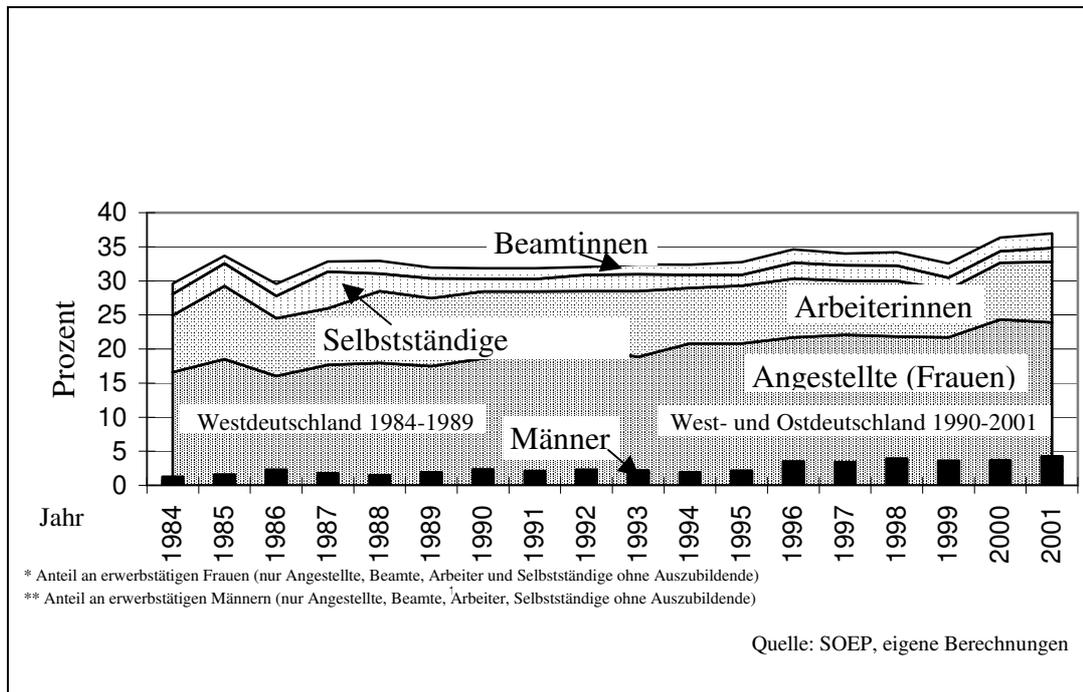
Abbildung 1: Abhängige Erwerbstätige nach Erwerbsumfang* in West- und Ostdeutschland 1991-2001, - Alter (16-65 Jahre) –



Besonders markant ist die Zunahme der Teilzeitquote in beiden Teilen Deutschlands unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten. Die Teilzeitquote von Frauen in Gesamtdeutschland stieg von 1991 bis 2001 um 7,4 %, die von Männern dagegen lediglich um 3,1 %. Der Anteil von Frauen in dieser Kategorie lag 1984 noch bei 29,6 % und stieg bis 2001 auf 37,0 %. Der Anteil der Männer in Teilzeitbeschäftigung erhöhte sich von 1,3 % in 1984 auf 4,4 % in 2001 (Abb. 2).

⁵ Im Folgenden wird darunter die abhängige Vollzeitbeschäftigung von unbefristeter Dauer verstanden.

Abbildung 2: Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen* und Männern nach der Stellung im Beruf von 1984 bis 2001 in Deutschland**



Infolge der strukturellen Veränderungen wurde „Flexibilität“ zum Zauberwort, d. h. durch die oben beschriebene Entwicklung sind ein Aufweichen sozialstaatlicher und arbeitsmarktstruktureller Arrangements und eine Veränderung der individuellen Lebenszeit- und Erwerbsmuster zu erwarten.

Erwerbsarbeit kann in Zeiten der Flexibilisierung zu einem Moment gesellschaftlicher Spannung werden. Während auf der einen Seite Erwerbstätige in Normalarbeitsverhältnissen gesellschaftliche Anerkennung und soziale Integration erfahren, wächst auf der anderen Seite das Ausmaß an nicht standardisierten Beschäftigungsverhältnissen.

Sollten sich diese Erwerbsverhältnisse als temporäre, qualitativ minderwertige und sozialstaatlich nicht abgesicherte Erwerbsformen neben der Vollerwerbstätigkeit etablieren, kann dies zum Abdriften von Personen des Arbeitsmarktes beitragen, d. h. diese neue Spaltungslinie kann dazu führen, dass Personen aus dem Gratifikationssystem der Erwerbsgesellschaft dauerhaft ausgeschlossen werden.

Teilzeitbeschäftigung, als eine Form von nicht standardisierten Beschäftigungsverhältnissen, fungiert dann nicht als Brücke in eine gesicherte Erwerbstätigkeit oder selbst als gesicherte Erwerbstätigkeit, sondern als Hindernis auf dem Weg in dieselbige. Personen in Teilzeitarbeit wären nur temporär und ungenügend abgesichert, hätten wenig bis keine Aufstiegschancen innerhalb der Betriebe und könnten sich und ihre Familien aktuell und zukünftig nur unzureichend versorgen.

Auf der anderen Seite zeigen strukturelle Entwicklungen einen Trend weg von stabilen, vollzeiti- gen Arbeitsplätzen und hin zu befristeten, diskontinuierlichen Erwerbstätigkeiten. Beschäftigung z.B. in Projektform wird in Deutschland für mehr und mehr Personen zur Normalität werden. Die Zukunft kann in einer Wechselbeziehung zwischen kürzeren und längeren Perioden bezahlter Arbeit und Perioden individueller und gemeinschaftlicher Selbsttätigkeit bzw. unbezahlter Arbeit liegen. Die Erwerbsarbeitszentrierung könnte zugunsten freiwilliger Selbsttätigkeiten eingeschränkt werden. Dieser Wandel erfordert eine genauere Betrachtung der an Ausmaß gewinnenden Erwerbsformen und der Schnittstellen zwischen den verschiedenen Erwerbstätigkeiten.

Ähnlich argumentiert Günther Schmid (1994; 2000; 2002a; 2002b). In seinen Ausführungen zu „Transitional labour markets“ (Schmid, 2002b) stellte er fest, dass das traditionelle Normalarbeitsverhältnis nicht in bereits bestehenden Beschäftigungsverhältnissen zu erodieren scheint, sondern dass neue Beschäftigungsverhältnisse einen verstärkten Trend zu nicht standardisierten Tätigkeiten aufweisen. Die starre Kategorie des Normalarbeitsverhältnisses hat zwar an Boden verloren und Teilzeitarbeit an Boden gewonnen, diese birgt jedoch neben Risiken auch Chancen für die Erwerbstätigen. Eine Chance liegt laut Schmid in der Brückenfunktion der Teilzeitarbeit als Bindeglied zu einer neuen Form des Normalarbeitsverhältnisses. Dies ist ein Versuch, die Grenzen zwischen primärem und sekundärem Arbeitsmarkt zu überwinden. *“Transitional labour markets (TLM), as an analytic concept, refer to the observation that the borderlines between gainful employment and other productive activities are becoming increasingly blurred. The 'standard labour contact' is eroding but we do not know yet which new standards will develop. People transit more between different employment statuses, [...] between unpaid family work and gainful labour market work, [...] (it) emphasize(s) the dynamics of labour markets, which means focusing the analysis on flows rather than purely on stocks, and applying methodologies that find out and explain patterns in the many transitions during the life cycles of the individuals or groups [...].”* (Schmid, 2000:XX).

Der Wandel innerhalb der Erwerbsverhältnisse erfordert nach Schmid eine flexiblere Arbeitsmarktorganisation als bisher. Übergänge zwischen verschiedenen Erwerbsformen müssen situationsgemäß institutionell reorganisiert und sozial abgesichert werden, um den Zugang zum Arbeitsmarkt und eine soziale Sicherung für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu gewährleisten. Dies kann nur durch eine Neukonfiguration der Schnittstellen zwischen Arbeitsmarkt, Familie und Staat erreicht werden. *“As a normative concept, TMLs (Transitional labour markets) envisage new kinds of institutional arrangements to prevent those transitions from becoming gates to social exclusion and to transform them into gates to a wider range of opportunities for the employed, as well as the inactive or unemployed.”* (Schmid, 2000: XX)

Die institutionalisierten Schnittstellen bzw. Übergangsmärkte (ÜM) sollen heikle Übergänge innerhalb individueller Erwerbsverläufe so abfedern, dass sowohl die Beschäftigungsfähigkeit als solche als auch die Möglichkeit zur Aufnahme einer neuen Beschäftigung gewahrt bleibt. Schmid (2002b) schlägt infolgedessen für die Sozialpolitik einen neuen Weg vor, der Flexibilität und Stabilisierung zu vereinen weiß, nämlich die Verstärkung der eigenen Handlungsressourcen, die Bereitstellung materieller Infrastruktur, die Etablierung einer prozeduralen Infrastruktur und die Verfügbarkeit einer verlässlichen rechtlichen Infrastruktur (Schmid, 2002b:232).

Diverse Studien (Blossfeld/Rohwer, 1997; Fagan/O'Reilly, 1998; Fagan et al., 1999; O'Reilly/Bothfeld, 2000; 2002) gingen der von Günther Schmid aufgeworfenen Frage nach, ob Teilzeitbeschäftigung als Instrument solcher institutionalisierten Schnittstellen zwischen Arbeitsmarkt, Familie und Staat fungieren kann. Ob *„Teilzeitarbeit eine marginalisierte Beschäftigungsform, und damit der vollzeitigen Beschäftigung nachgeordnet“* bleibt und ob *„die Zunahme der Teilzeitarbeit die Geschlechtersegregation noch verstärk(t)“* oder, ob sie sich *„zu einer qualitativ gleichwertigen Alternative zur Vollzeitbeschäftigung entwickelt“* und dazu beiträgt, *„die Ungleichheit der Geschlechter zu verringern“* (Fagan et al., 1999:58). Mehrheitlich gingen die Arbeiten dabei von dem *„sozialen System Ansatz“* (Maurice et al., 1982) aus. Der institutionelle Ansatz postuliert, dass nationale „soziale“ Faktoren das ökonomische und soziale System strukturieren.

Diese Annahmen wurden im Hinblick auf eine dynamische und geschlechtsspezifische Perspektive weiterentwickelt (Rubery/Fagan, 1995; Fagan/O'Reilly, 1998). Dieser Erweiterung folgend ist es einerseits möglich darzustellen, wie wohlfahrtsstaatliche Politik den Geschlechtervertrag strukturell beeinflusst. Andererseits können Unterschiede in der geschlechtsspezifischen Erwerbsarbeit durch ihre sozialen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen erklärt werden. Um dies zu erreichen, wurden vier Kategorien von Institutionen bestimmt: die Arbeitsmarktregulationen, die Reproduktion, das Produktionssystem und das Beschäftigungssystem. Wechselseitige Ströme zwischen den Institutionen wurden als dynamisch erachtet. Festzustellen ist laut Rubery und Fagan (1995), dass das „soziale“ System zum einen die Art der Integration in das Beschäftigungssystem und zum anderen den Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Regulierungen auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten formt. Der institutionelle Ansatz von Rubery und Fagan (1995) wurde von O'Reilly und Spee (1998) durch das Konzept des geschlechtsspezifischen Beschäftigungssystems erweitert.

Strukturelle Determinanten können jedoch nur einen Teil des Problems erfassen. Bei der Analyse des Einflusses von Teilzeitbeschäftigung auf das Beschäftigungssystem spielen darüber hinaus auch kultur- und sozialgeschichtlich bestimmte Verhaltensmuster und Werte eine immense Rolle (Pfau-Effinger, 1996). Neben der traditionellen geschlechtsspezifischen Verteilung häuslicher und öffent-

licher Rollenzuständigkeiten sind dies in Deutschland vor allem die Trennung von Familien- und Erwerbsleben, die abhängige Erwerbstätigkeit als „Normalarbeitsverhältnis“, die Verankerung der Rolle der nicht erwerbstätigen Hausfrau als Alternativrolle sowie die der männlichen Dominanz in Familie und Berufsleben und im geschlechtsspezifischen Bildungsmonopol.

Ebenso wichtig ist es, die Teilzeitbeschäftigten auch als agierende Akteure in diesem Gefüge wahrzunehmen – wenn auch laut Silke Bothfeld davon ausgegangen werden kann, dass „*sich Präferenzen adaptiv (d.h. in Orientierung an den sozioökonomischen bzw. soziokulturellen Rahmenbedingungen) bilden*“ (Bothfeld, 1997:Zusammenfassung).

2.1 Spezifika des deutschen Wohlfahrtsstaates

Um den Wohlfahrtsstaat und dessen Einfluss auf die Erwerbsarbeit näher zu analysieren, lehnt sich der folgende Abschnitt an bereits vorhandene Studien an. Die analysieren, wie der Staat seine Einwohner und Einwohnerinnen wahrnimmt: als Erwerbstätige, als Reproduktionsfaktoren oder als Bürger und Bürgerinnen. Dieser Einordnung folgen wichtige Entscheidungen, die das Leistungs- und Abgabesystem betreffen. Leistungen wie auch Abgaben können an Personen oder auch an Haushalte geknüpft sein und sich am Status der Erwerbstätigen orientieren. Diese Unterscheidungen fördern verschiedenartige Strategien zur Unterstützung von Erwerbstätigkeit innerhalb des Wohlfahrtsstaates (Rubery et al., 2001).

In Deutschland ist die Ursache für unterschiedliche Bildungs- und Erwerbschancen und verschiedenartige sozialstaatliche Fürsorge- und Dienstleistungen in der Ausgrenzung oder dem Einschluss zu suchen. Die sozialstaatlichen Reglementierungen definieren die Eintritts- und Austrittsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt (Schmid, 1994), sie institutionalisieren die Grenzziehung zwischen Inkludierten und Exkludierten des Arbeitsmarktes und legen die Formen, die Bedingungen und die Größe des Ressourcenzugriffs fest. Mit anderen Worten: „*The characteristics of the welfare regime can have direct impact on the form of female integration.*“ (O’Reilly/Bothfeld, 2002:411).

Gøsta Esping-Andersen (1990; 2002) zufolge lassen sich wohlfahrtsstaatliche Strukturen vor allem nach dem Grad ihrer „Dekommodifizierung“ und ihrer Schichtungsstrukturen zu einer von drei „Welten des Wohlfahrtsstaates“ zuordnen. Esping-Andersen identifiziert drei Wohlfahrtsstaatstypen mit unterschiedlichen stratifizierenden Wirkungen: ein konservatives, ein liberales und ein sozialdemokratisches wohlfahrtsstaatliches Regime. In seiner wegweisenden Studie „*The Three Worlds of Welfare Capitalism*“ (Esping-Andersen, 1990) etikettierte er den deutschen Wohlfahrtsstaat als ein konservatives Regime. Der konservative Typ zielt auf Status erhaltende soziale Sicherung und ist durch die Dominanz berufsgruppenspezifischer Alterssicherungssysteme und "Etatismus" – der

Existenz besonderer Alters- und Gesundheitssicherungssysteme für Staatsdiener – gekennzeichnet. Wesentliche Charakteristika dieses Regimes sind eine starke Segmentierung und Statussicherung, mittlere Steuern und Abgaben, einkommens- bzw. statusgebundene Pflichtversicherung sowie ein paternalistisches Menschenbild. Der Grad der Erwerbsbeteiligung der Bürger ist gering; ebenso die Vollerwerbstätigkeit der Frauen. Der Staat implementiert keine speziellen Dienstleistungen, die den Eintritt der Frauen in das Beschäftigungssystem fördern. Stattdessen fördert der Staat die Erwerbsbeteiligung von Männern als Hauptverdienern und begrenzt die Erwerbsbeteiligung von Frauen zugunsten ihrer familiären Pflichten.

Auch Susan Schunter-Kleemann (1992) stufte Deutschland unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten als Regierungsform mit ehebezogenem Patriarchalismus ein. Diese unterstützt den verzögerten Eintritt in den Arbeitsmarkt und honoriert den Weg aus dem Arbeitsmarkt, z. B. durch die Zahlung eines hohen Erziehungsgeldes. Eine familien- und ehezentrierte Rolle der Frau wird propagiert.

Zu einer ähnlichen Einstufung gelangte Diane Sainsbury (1994). Sie bezeichnete den deutschen Wohlfahrtsstaat als Staat, der das Modell des Familienernährers propagiert.

Häußermann und Siebel (1995) ordneten Deutschland dem Modell des desintegrierten Sozialstaates zu. In diesem wird eine „starke geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen informeller Arbeit (vor allem Frauen in privaten Haushalten) und formeller Arbeit“ propagiert und demzufolge „ein relativ großer Teil der Bevölkerung [...] vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt“ (Häußermann/Siebel, 1995:59ff). Die Autoren beschreiben Deutschland als einen Staat, der personenbezogene Dienstleistungen vornehmlich über private Haushalte organisiert. Dabei sind eine strenge geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und eine niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen zu beobachten. Der Mann ist der Hauptverdiener, die Frau lediglich Zuverdiener. Dementsprechend empfängt der vorwiegend männliche Haushaltsvorstand die staatlichen Zuwendungen. Das Modell ist gekennzeichnet durch Ehegattensplitting und hauptsächlich private, unbezahlte Kinderbetreuung.

Jane Lewis und Ilona Ostner (1994) untersuchten ebenfalls die institutionellen Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland. Dazu analysierten sie den Grad der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bzw. der Wertung der häuslichen Reproduktionsarbeit und die Art der sozialen Sicherung (Sozialversicherung, Steuerrecht, Kinderbetreuungs-einrichtungen) in der Kinderphase. Sie identifizierten Deutschland als Wohlfahrtsstaat, der auf den Konzepten der männlichen Versorgerehe und der weiblichen Familienpflichten beruht. Frauen sind in diesem Modell vorwiegend diskontinuierlich erwerbstätig und auf die über den Partner erworbenen Sozialleistungen angewiesen. Die Rolle der Frau in der Familie als Mutter wird unterstützt, die der erwerbstä-

tigen Frau vernachlässigt. Das Leitbild der unbezahlten Ehefrau mit männlichem Familienernährer ist in einem hohen Maße implementiert.

Birgit Pfau-Effinger (1998) ging darüber hinaus und determiniert nicht allein die institutionellen Rahmenbedingungen per se als Einflussgröße der Erwerbsbeteiligung von Frauen, sondern „*das Zusammenspiel von Geschlechterkultur, Geschlechterordnung und Handeln im Rahmen des Geschlechter-Arrangements*“ (Pfau-Effinger, 1996:41). Sie identifizierte Westdeutschland als einen Wohlfahrtsstaat auf der Grundlage eines Hausfrauenmodells der Versorgung. Entwicklungen zeigen jedoch laut Pfau-Effinger auf, dass die Modernisierung der Versorgung auf der Basis von Teilzeitarbeit zu einem Vereinbarkeitsmodell der Versorgung führen kann (Pfau-Effinger, 1998:186-188).

Alles in allem zeichnen die Studien ein eindeutiges Bild in Bezug auf die geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstrukturen. Der deutsche Wohlfahrtsstaat unterstützt eine geschlechtsspezifische Segregation auf dem Arbeitsmarkt. Die Zugangswege in die Erwerbsarbeit scheinen durch wohlfahrtsstaatliche Strategien geschlechtsspezifisch gefärbt zu sein. Eine grundsätzliche Trennung zwischen der privaten Sphäre der Familie und der öffentlichen Sphäre des Erwerbssystems und des Staates geht mit einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung einher. Durch wohlfahrtsstaatliche Strategien erfahren Frauen diverse Hindernisse auf dem Weg in die Erwerbsarbeit. Ihnen wird die Rolle des Zuverdieners zugeschrieben. Das Hauptaugenmerk liegt in dieser Gruppe auf den familiären Pflichten sowie der unbezahlten Hausarbeit, zugunsten derer die bezahlte Vollerwerbsarbeit in den Hintergrund tritt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Hauptsache ein Problem der Frauen. Der Staat stellt ein relativ geringes Betreuungsangebot für kleine Kinder zur Verfügung. Weniger als 5 % der unter 3-Jährigen besuchten im Jahr 1995 eine Kinderbetreuungsstätte (Schulze-Buschoff, 1999:15). Daraus ergibt sich eine geringe oder im Umfang eingeschränkte Erwerbsbeteiligung von Müttern, die sich stattdessen um die Betreuung ihrer Kinder kümmern müssen. Neben den bereits beschriebenen Strukturen deuteten auch ein hoher Grad von staatlich garantiertem Elternurlaub, ein Mutterschutz von 14 Wochen, Mutterschutzleistungen in Höhe von 100 % des Lohnes und eine Gesamtdauer des Elternurlaubes von 162 Wochen auf eine staatlich organisierte Bindung der Frau an die Haushaltssphäre hin (Schulze-Buschoff, 1999:15; OECD, 2001). Auch die Steuerpolitik des deutschen Wohlfahrtsstaates setzt durch Ehegattensplitting auf Haushaltsbasis wenig Schlüsselreize für Frauen, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen oder auszubauen.

Männer dagegen erfahren durch wohlfahrtsstaatliche Strategien wesentliche Unterstützung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Ihnen wird die Rolle des männlichen Familienernährers – des Hauptver-

dieners, welcher die Familie durch Erwerbsarbeit unterstützt – übertragen. Der Staat scheint männliche Teilzeitarbeit als Übergangsvariante in ein Normalarbeitsverhältnis zu unterstützen.

Die beschriebenen konservativen Strukturen implizieren eine hemmende Wirkung des Staates auf die Veränderung der Rahmenbedingungen in Richtung einer egalitären Arbeitsmarktteilhabe von Frauen und die Entwicklung alternativer, nichtstandardisierter Beschäftigungsverhältnisse.

2.2 Theoretische Erkenntnisse zu Übergangsmodellen in und aus Teilzeitbeschäftigung

Um im Folgenden Veränderungsdynamiken des Wandels einzufangen und dynamische und strukturelle Abhängigkeiten zwischen Unternehmen, Privathaushalten, Staat und Präferenzen der Akteure sowie den Einfluss von Teilzeitbeschäftigung auf das Beschäftigungssystem zu untersuchen, ist es notwendig, relevante Faktoren zur Analyse des Erwerbsverhaltens der Akteure zu bestimmen. Dazu werden wesentliche Theorieansätze zu Arbeitsmarktstrukturen und -verhalten und Handlungsentscheidungen von Individuen herangezogen, die ökonomische, strukturelle und kulturelle Faktoren erklären.

2.2.1 Humankapitaltheorie

Um das Verhältnis zwischen staatlicher Politik, strukturellen Konstellationen und dem Handeln der Akteure zu betrachten, gehe ich davon aus, dass Frauen mit ihrem Verhalten unmittelbar auf strukturelle bzw. politische Veränderungen reagieren, aber auch in gewissem Maße von Normen und Werten geprägt sind. Das Erwerbsverhalten von Frauen wird jedoch in erster Linie von ökonomischen Anreizen beeinflusst. Dieses Verhalten spiegelt sich in der Humankapitaltheorie wider.

Die Humankapitaltheorie⁶ (Becker, 1964; 1981; Mincer, 1962) geht von der Ungleichheit der Qualifikation der Erwerbstätigen und deren utilitaristischen Zielen aus. Ungleiche Erwerbschancen entstehen, indem Personen mehr oder weniger in ihre Qualifikation investieren. Die höher qualifizierten Erwerbstätigen arbeiten produktiver und werden deshalb vorrangig eingestellt. Infolgedessen haben höher qualifizierte Erwerbstätige bessere Beschäftigungschancen. Die Entscheidung, ob und in welcher Höhe in eine höhere Qualifikation investiert wird, hängt von einem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül auf dem Hintergrund der jeweiligen persönlichen finanziellen oder familiären Situation wie auch vom Informationsstand des Erwerbstätigen ab. Personen werden nur so viel in ihre Qualifikation investieren, dass die monetären und psychischen Kosten den erwarteten Nutzen nicht übersteigen. Dieser Ansatz berücksichtigt die auf rationalen Entscheidungen und Nutzenmaximie-

⁶ Für eine Kritik an einigen Annahmen der Humankapitaltheorie siehe Hatt (1997), Bothfeld (1997), Fagan/Rubery (1996) und Walby (1990). Für eine Erweiterung Beckers Modell siehe Esser (1990) und Ott (1991).

rung beruhenden Unterschiede in der Teilhabe männlicher und weiblicher Personen an der Erwerbstätigkeit und der geschlechtsspezifischen häuslichen Arbeitsteilung. Wichtig für die Erklärung der Teilzeitbeschäftigung ist die Hypothese, dass Frauen offenbar weniger in Qualifikation investieren als Männer. Aufgrund ihrer geringeren Qualifikation und daraus folgend geringerem Verdienst scheiden Frauen demnach nach der Eheschließung eher aus dem Erwerbsleben aus als Männer, wenn eine traditionelle Versorgungsehe gelebt wird. Der Ansatz konzeptualisiert Teilzeitbeschäftigung demnach als rationale Entscheidung innerhalb institutioneller Rahmenbedingungen bzw. innerhalb des Familiennährermodells (Quack, 1993; Blossfeld/Rohwer, 1997; Schulze-Buschhoff, 1999; Hradil, 1999; O'Reilly/Bothfeld, 2000; 2002).

Diese Hypothese der Humankapitaltheorie hat für die Untersuchung von Erwerbsübergängen eine entscheidende Bedeutung. Mit ihrer Hilfe kann angenommen werden, dass sich Übergänge in und aus dem Status der Teilzeitbeschäftigung und der Nichterwerbstätigkeit vorrangig bei gering qualifizierten Personen, vorwiegend Frauen, finden lassen müssen. Gering qualifizierte Personen in Teilzeit spezialisieren sich neben der Erwerbstätigkeit eher auf die Hausarbeit, da die Kosten für die Reproduktions- und Hausarbeit den Nutzen der Erwerbstätigkeit übersteigen. Höher qualifizierte Personen wechseln eher aus und in den Status der Teilzeitbeschäftigung bzw. in die Vollerwerbstätigkeit. Für diese Personen hat die Erwerbsarbeit einen hohen Stellenwert. Sie investieren in ihre Qualifikation und geben der Erwerbstätigkeit vor der Reproduktionsarbeit den Vorrang. Die Kosten für die Reproduktions- und Hausarbeit übersteigen nicht den Nutzen der Erwerbstätigkeit und werden häufig ausgelagert. Die Qualifikation ist folglich eine Schlüsselvariable, die enthüllt, welche Erwerbsmuster welchen Qualifikationsniveaus zugeordnet werden können.

2.2.2 Der Ansatz der Haushaltsstruktur

Neben den ökonomischen Anreizen spielen auch die strukturellen Konstellationen eine große Rolle für das Erwerbsverhalten von Frauen. Dem Ansatz der Haushaltsstruktur zufolge beeinflusst die strukturelle Zusammensetzung der Familie die Teilnahme am Erwerbsleben über den Lebenszyklus hinweg. So determiniert die Existenz von Kindern im Haushalt das Erwerbspotenzial von Frauen. Frauen mit vielen oder kleinen Kindern ziehen sich eher vom Arbeitsmarkt zurück. Die Existenz von älteren Kindern dagegen fördert den Wechsel von der Nichterwerbstätigkeit in die Teilzeit- oder Vollerwerbstätigkeit. Der Verlauf wird von institutionellen Arrangements wie dem Elternurlaub, dem Ehegattensplitting, dem Kindergeld oder dem Angebot von Kindergartenplätzen determiniert (Pfau-Effinger, 1998; O'Reilly, 2000; 2002).

Diese Hypothesen haben für die Untersuchung von Erwerbsübergängen einen bestimmenden Einfluss. Übergänge in und aus dem Status der Nichterwerbstätigkeit bzw. Teilzeitarbeit müssten demzufolge vorwiegend bei Personen mit kleineren Kindern zu finden sein. In die Vollerwerbstätigkeit dagegen sollten vor allem Personen mit älteren Kindern wechseln.

2.2.3 Ansätze zur Arbeitsmarktsegmentation

Weitere Erklärungen für strukturelle Konstellationen, die das Erwerbsverhalten prägen, lassen sich mithilfe nachfrageorientierter Ansätze zur Arbeitsmarktsegmentation⁷ finden (Quack, 1993; O'Reilly/Bothfeld, 2000; 2002). Diese befasst sich mit der Erforschung von Teilmärkten auf dem Arbeitsmarkt, der so genannten Arbeitsmarktsegmentation. Es kann davon ausgegangen werden, dass kein einheitlicher Arbeitsmarkt existiert, sondern dass dieser in Teilarbeitsmärkte aufgespalten ist. Doeringer und Piore (1971) analysierten, in Anlehnung an die Humankapitaltheorie und das Konzept des dualen Arbeitsmarktes, den primären und den sekundären Arbeitsmarkt. Der primäre Arbeitsmarkt charakterisiert sich durch fest vorgeschriebene Eintrittsbarrieren, befriedigende Arbeitsbedingungen, eine weitgehende Beschäftigungsstabilität, eine gute Einkommenslage und das Vorhandensein von Aufstiegsmöglichkeiten.

Der sekundäre Arbeitsmarkt dient als Reservoir des primären Arbeitsmarktes. Kennzeichen für diesen Markt sind schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Einkommen, instabile Beschäftigung und geringe Aufstiegschancen. Die Verbindung zwischen beiden stellen Zugangsarbeitsverhältnisse dar, die über schulische und berufliche Qualifikationen bewertet werden. Angesichts geringer Übertrittsmöglichkeiten („*ports of entry*“) von dem einen in den anderen Sektor wird eine Trennung der Erwerbstätigen in zwei Gruppen festgeschrieben. Der sekundäre Arbeitsmarkt vereint Personen mit niedriger Qualifikation und hoher Fluktuation, was zu einer systematischen Negativbeurteilung und demzufolge zu einer kontinuierlichen Benachteiligung von Arbeitskräften dieses Segmentes führt. Diese „*statistische Diskriminierung*“ (Piore, 1969) resultiert aus den Verhaltenswahrscheinlichkeiten der in diesen Gruppen vorhandenen Personen. Mobilitätsprozesse des sekundären Arbeitsmarktes sind demzufolge auf Mechanismen der statistischen Diskriminierung zurückzuführen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich Teilzeitbeschäftigte vorwiegend als Ressourcen innerhalb des sekundären Arbeitsmarktes finden lassen⁸.

⁷ Eine Übersicht zu Ansätzen der Arbeitsmarktsegmentation und deren Kritik bieten Werner Sesselmeier und Gregor Blauermel (1997:238ff).

⁸ Im Anschluss an das Konzept des dualen Arbeitsmarktes (Doeringer/Piore, 1971) für den amerikanischen Raum untersuchten Claus Offe und Karl Hinrichs (1977; 1984) den deutschen Arbeitsmarkt. Das daraus hervorgegangene Alternativrollenkonzept zur Erwerbstätigkeit ist ein möglicher Ausweg aus einer für die Berufsausübung problematischen Situation. Individuelle Präferenzen für Alternativrollen sind dabei in starkem Maße abhängig von der gesellschaftlichen Anerkennung, die diese erfahren.

Die Hypothesen der Segmentationstheorie haben für die Untersuchung von Erwerbsübergängen eine entscheidende Bedeutung (Fagan/Rubery, 1996; Rubery, 1998). Es kann angenommen werden, dass flexible Arbeitszeitarrangements innerhalb der Firmen Übergänge zwischen Vollerwerbstätigkeit und Teilzeitbeschäftigung fördern. Kleine Firmen haben im Gegensatz zu größeren Firmen ressourcenabhängige Nachteile bei der Durchführung von flexiblen Arbeitszeitarrangements⁹. Sie werden vermutlich stärker auf den sekundären Arbeitsmarkt – also auf geringfügige, nichtstandardisierte Arbeitsverhältnisse – zurückgreifen, anstatt den Übergang in die Vollzeitwerbstätigkeit zu fördern.

2.2.4 Theorien individuellen Handelns

Wie bereits beschrieben, stellt sich das Verhältnis zwischen staatlicher Politik, strukturellen Konstellationen und dem Handeln der Akteure aus ökonomischen und strukturellen Anreizen, es wird aber auch von kulturellen Normen und Werten geprägt. Wichtig scheinen hier die kulturellen Leitbilder, an denen die Akteure ihr Verhalten ausrichten. Darauf beruhen auch die Ansätze von Catherine Hakim (1991; 1997) und Silke Bothfeld (1997) ab.

Die Studien von Catherine Hakim und Silke Bothfeld zu Präferenzen von Teilzeitbeschäftigten geben einen guten Einblick in die Entscheidungsgründe für oder gegen eine Teilzeitbeschäftigung. Laut Catherine Hakim entscheiden die Frauen auf der Grundlage ihrer individuellen Prioritäten, ob sie erwerbstätig sein möchten oder sich lieber der Hausarbeit zuwenden. Zufriedenheit stellt sich dabei über die Vereinbarkeit von partieller Erwerbs- und Reproduktionsarbeit ein. Werte und Einstellungen spielen laut Hakim eine entscheidende Rolle bei der Prioritätenwahl. Geschlechtsspezifische Segregation lässt sich so, durch die Unterteilung der erwerbstätigen Frauen in stark erwerbsorientierte „self-made women“ und schwach erwerbsorientierte „grateful slaves“ analysieren. „Grateful slaves“ präferieren demnach eher Teilzeitarbeit, welche *„constitutes a qualitatively different type of workforce involvement from full-time employment, one which gives priority to some other non-market activity around which the part-time job must be fitted“* (Hakim, 1997:31).

Silke Bothfeld geht im Gegensatz zu Catherine Hakim von adaptiven Präferenzen der teilzeitbeschäftigten Frauen aus. Präferenzen können laut Bothfeld nicht als einheitlich angesehen werden, sondern unterteilen die Erwerbstätigen in drei Gruppen: in Personen mit traditionellen Teilzeitpräferenzen, mit postmodernen Präferenzen und mit funktionalen Teilzeitpräferenzen.

Teilzeitbeschäftigte mit postmodernen Präferenzen geben der eingeschränkten Erwerbstätigkeit *„bewusst den Vorzug vor nicht realisierten zusätzlichen Konsummöglichkeiten“* (Bothfeld,

⁹ Wie Blossfeld es ausdrückt *„[...] die Wahrscheinlichkeit der Existenz eines internen Arbeitsmarktes (steigt) mit der*

1997:42). Für diese hat „*die Freizeit [...] eine ebenso große Bedeutung [...] wie die Erwerbstätigkeit*“ (Bothfeld, 1997:42). Bei dieser Variante liegen nur geringe externe entscheidungseinschränkende Vorgaben vor.

Funktional Teilzeitbeschäftigte unterliegen in höherem Maße eingeschränkten Entscheidungsoptionen, die sie dazu zwingen, innerhalb bestimmter Lebensphasen auf eine Teilzeitarbeit zurückzugreifen. Personen dieser Gruppe versuchen ihre Erwerbstätigkeit mit anderen Aktivitäten wie Elternurlaub, Altersruhestand oder Ausbildung zu verbinden. Personen, die die dritte Variante präferieren – die traditionelle Teilzeitbeschäftigung – unterliegen starken entscheidungsweisenden Einschränkungen, d. h. sie werden in hohem Maße durch Institutionen des Wohlfahrtsstaates bestimmt. Laut Bothfeld determinieren Normen, Werte, Haushaltsstrukturen und infrastrukturelle Beschränkungen die Präferenzen der Gruppe. Dabei bilden sich die Präferenzen adaptiv an den strukturellen Beschränkungen aus.

Teilzeitbeschäftigte in Deutschland wiesen laut Silke Bothfeld vorwiegend traditionelle (52,4 %) und funktionale Teilzeitarbeitspräferenzen (ca. 46 %) auf (Bothfeld, 1997:76).

Diese Annahmen haben für die Untersuchung von Erwerbsübergängen einen maßgeblichen Einfluss. Traditionelle und funktionale Präferenzen sind laut Silke Bothfeld vorrangig bei verheirateten Personen in Haushalten mit höherem (bei funktionalen Präferenzen geringem) Einkommen zu vermuten. Übergänge in und aus dem Status der Nichterwerbstätigkeit bzw. Teilzeitarbeit sind innerhalb dieser Personengruppe zu erwarten. Unverheirateten Personen in Haushalten mit einem sehr hohen Haushaltseinkommen können postmoderne Präferenzen unterstellt werden. Es ist anzunehmen, dass diese Personen eher in und aus der Vollerwerbstätigkeit als in und aus der Nichterwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit wechseln (Bothfeld, 1997:50f).

2.3 Inklusion und Exklusion

Schon Max Weber hat für sich mit dem Begriff der sozialen Schließung beschäftigt. Laut F. Parkin (1983) verstand er unter sozialer Schließung „*den Prozess, durch den soziale Gemeinschaften Vorteile zu maximieren versuchen, indem sie den Zugang zu Privilegien und Erfolgchancen auf einen begrenzten Kreis von Auserwählten einschränken*“ (Weber, 1964:260). Jedes Gruppenmerkmal kann, zum „*Monopolisieren bestimmter, und zwar der Regel nach ökonomischer Chancen*“ (Weber, 1964:260) benutzt werden. Die Monopolisierung richtet sich „*gegen andere Mitbewerber, welche durch ein gemeinsames positives oder negatives Merkmal gekennzeichnet sind [...] und das Ziel ist: in irgendeinem Umfang stets Schließung der betreffenden Chancen gegen Außenstehende*“ (Weber,

1964:260). Als Resultat solcher Ausschließungsprozesse entsteht nicht der gleichförmige Arbeitsmarkt. Vielmehr bilden sich mehrere Teilarbeitsmärkte, deren Zugänge häufig durch Zertifikatsbarrieren blockiert sind.

Neben Gruppenmerkmalen wie Rasse, Sprache, soziale Herkunft und Abstammung und bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten (Marshall, 1992) kann auch das Recht auf Arbeit als Bereich der Segmentation und demnach sozialer Inklusion bzw. Exklusion¹⁰ betrachtet werden.

Weder das „Dringen und Draußen“ des französischen Diskurses noch das „Entweder/Oder“ der Systemtheorie¹¹ beschreiben die Exklusions- und Inklusionsproblematik moderner Staaten adäquat. Martin Kronauer (2002) hingegen betrachtet Exklusion und Inklusion als sich gegenseitig bedingende Phänomene moderner Wohlfahrtsstaaten. In Anlehnung an Martin Kronauer muss *„Ausgrenzung mehr denn je als Ausgrenzung in der Gesellschaft begriffen werden. Interdependenz durch Vollbeschäftigung und Partizipation über soziale Rechte, [...] treten auf neue Weise auseinander“* (Kronauer, 2002:24).

Das Verständnis von Ausgrenzung während der 80er-Jahre in Deutschland als rechtlicher Ausschluss aus der Arbeitslosenversicherung und die damit einhergehende Stigmatisierung durch den Bezug von Sozialhilfe beschreibt das Problem nur partiell. Die gleichzeitige Wahrnehmung von Zugehörigkeit und Ausschluss ist nötig, um das Problem umfassend zu beschreiben. Der Autor unterscheidet in seiner Studie zwischen vier verschiedenen Konstellationen¹² von Exklusion und Inklusion entlang der Achsen Interdependenz und Teilhaberecht. Interessant für die Analyse von Übergängen in und aus Teilzeitbeschäftigung in Deutschland ist die *„einschließende Exklusion“* (Kronauer, 2002:119). Diese thematisiert den Ausschluss aus dem Erwerbsleben ungeachtet der Bewahrung aller bürgerlichen und sozialen Rechte. Die Konstellation betont die Exklusion, da es den betroffenen Personen nicht mehr möglich ist, Statusgleichheit zu erreichen bzw. Lebenschancen zu realisieren.

Individualisierte und dennoch vorstrukturierte Wege gesellschaftlicher Partizipation können von Personen mit geringen Ressourcen nur partiell besritten werden. Exkludiert zu sein bedeutet demnach, eine marginale Position am Arbeitsmarkt innezuhaben, die zur dauerhaften Erwerbslosig-

¹⁰ Kreckel stellt fest, dass *„strukturierte soziale Ungleichheiten überall da vor(liegen), wo die Möglichkeiten des Zuganges zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt bzw. begünstigt werden“* (Kreckel, 1992:17).

¹¹ Zur problematischen Beziehung der Systemtheorie und Exklusion siehe: Kronauer, M. (1998) „Exklusion“ in der Armutsforschung und der Systemtheorie. Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung. Beitrag für den internationalen Workshop „Exclusion Theoretical and Empirical Problems“ in Bielefeld, 17. April 1998.

keit inklusive des Verlustes sozialer Einbindungen führen kann. Wichtig erscheint, dass die Personen nicht mehr am gesellschaftlichen Leben entsprechend ihrer anerkannten Maßstäbe teilhaben können – StaatsbürgerInnen also, die formal versehen sind mit bürgerlichen Rechten, die aber nicht angemessen am gesellschaftlichen Leben partizipieren können, da sie von der Erwerbsarbeit exkludiert sind.

Kern dieser Exklusionsvorstellung¹³ ist laut Kronauer ein soziales Bewusstsein¹⁴, auf dessen Grundlage sich das Verständnis von gesellschaftlicher Partizipation, Bürgerrechten und Volksherrschaft etabliert. Dieses Bewusstsein implementiert wohlfahrtsstaatliche Auffassungen von sozialen Teilhaberechten. Die gesellschaftlich vorgegebene Norm der Partizipation wird so unterstellt und propagiert.

Des Weiteren besteht laut Kronauer zwischen Exklusion und Marginalisierung ein qualitativer Bruch, da Exklusionsprozesse *„Menschen soweit (marginalisieren), dass sie sie schließlich selbst noch aus den Wechselbeziehungen ungleicher Abhängigkeitsverhältnisse verstoßen. Der Fluchtpunkt sozialer Ausschließungsprozesse ist die Nutzlosigkeit“* (Kronauer, 2002:51). Exklusion geht folglich über Marginalisierung hinaus.

Neben Kronauer macht auch Castel (1996) auf den Prozesscharakter von Exklusion aufmerksam. Nach Castel beginnt der Prozess der Exklusion im Kern des Arbeitsmarktes, denn dort *„setzen politische Strategien an, die diese Schockwelle auslösen, die über Flexibilisierung und Destabilisierung der Arbeit schließlich zum ‚Ausschluss‘ führt.“* (Castel, 1996:775). Exklusion durchläuft mehrere Zonen – von *„integration“* über *„vulnerabilité“* bis *„desaffiliation“* – entlang der Zentren der sozialen Einbindung und der Erwerbstätigkeit (Castel, 1996:775f.). Zwischen der Zone der abgesicherten Integration in das Erwerbssystem auf der einen Seite und der Zone der Exklusion von der Erwerbsarbeit auf der anderen Seite breitet sich die Zone der *„Vulnerabilität“* aus – eine *„instabile Zwischenzone, welche ein prekäres Verhältnis zur Arbeit mit einer fragilen Unterstützung durch die nächste Umgebung kombiniert“* (Castel, 2000:13). Diese prozesshafte Perspektive ist für die Frage nach Inklusion in bzw. Exklusion von dem Arbeitsmarkt von wesentlichem Belang. Exklusion sowie auch Inklusion vollziehen sich demnach prozesshaft durch alle Zonen des Arbeitsmarktes.

¹² Die Konstellationen ergeben sich aus der Stellung von Exklusion und Inklusion zueinander und zu den Modi, Interdependenzen und Teilhaberechten. Daraus ergeben sich vier Konstellationen: *„doppelte Exklusion, ausschließende Inklusion, einschließende Exklusion und doppelte Inklusion“* (Kronauer, 2002:119).

¹³ Ausschluss aus dem Erwerbsleben muss aber nicht immer mit völliger sozialer Ausgrenzung einhergehen. Der Wohlfahrtsstaat kann Statusalternativen bereitstellen, die vor Stigmatisierung schützen. Der Standort der gesellschaftlich anerkannten Arbeitsteilung ist demnach bestimmend.

¹⁴ *„[...] ein durch soziale Institutionen und historische Erfahrungen gestütztes, gesellschaftliches Bewusstsein.“* (Kronauer, 2002:36). In Deutschland wurde ein soziales Bewusstsein von gesellschaftlicher Einbindung und sozialem Ausgleich geprägt.

Komplementär dazu wird Inklusion als Zustand gedacht, der „means not just having a permanent job and being protected by social rights such as unemployment benefits. It also means having the prospect of evolutionary job careers, having access to the means of ensuring employability by life-long learning, and being able to fully participate in all relevant areas of social life.“ (Schmid, 2000:XXf).

Als Weg aus dem Arbeitsmarkt fungieren nichtstandardisierte Beschäftigungsverhältnisse demnach, „wenn sie unfreiwillig aufgenommen werden oder unzureichend vor sozialen Risiken (wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Armut) abgesichert sind. Solche „minderwertigen“ Beschäftigungsverhältnisse können in unterschiedlicher Weise mit Nachteilen verknüpft sein (z.B. mit niedrigem Einkommen, gefährlichen, ungesunden oder belastenden Arbeitsplatzbedingungen, hohem Entlassungsrisiko)“ (Hradil, 1999:179). Durch eine sozialstaatliche Absicherung auf dem Niveau des Normalarbeitsverhältnisses, kollektivvertraglich gesicherte Rechte, ihre Wahrnehmung als „vollwertige“ Beschäftigung und die Verbesserung der Schnittstellen zwischen Teilzeitbeschäftigung und anderen Erwerbsformen kann Teilzeitbeschäftigung eine Brücke in die Erwerbstätigkeit sein¹⁵.

Zur Modellierung der exkludierenden (diskontinuierlichen), der erhaltenden und der inkludierenden (kontinuierlichen) Übergänge stützt sich die Analyse unter Fokussierung auf den Arbeitsmarkt auf vorangegangene Ausführungen, welche Exklusion einerseits als dynamischen Prozess der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt sehen und andererseits den Ausschluss von einem angemessenen gesellschaftlichen Leben thematisieren, Inklusion dagegen als Zugang zu einer sozialpolitisch abgesicherten, lebenslangen Beschäftigungsfähigkeit innerhalb des Arbeitsmarktes und als Teilnahme an allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen beschreiben. Exkludierende Übergänge sind folglich Übergänge aus dem Arbeitsmarkt heraus. Inkludierende Übergänge führen in den Arbeitsmarkt und erhaltende Übergänge stabilisieren den vorhandenen Status auf dem Arbeitsmarkt.

3. Forschungsstand zu Übergangsmodellen in und aus Teilzeitbeschäftigung

Dem Gros der Studien zufolge weist Teilzeitbeschäftigung grundsätzlich ein Integrationspotenzial in die Erwerbsarbeit auf. Tatsächlich ist diese Funktion der Brücke in die Vollerwerbstätigkeit für weibliche Arbeitnehmer bislang nur bedingt gegeben (O'Reilly/Bothfeld, 2002:434; Gracia-Serrano/Jenkins, 1999; Blossfeld/Rohwer, 1997; Blank, 1994; Quack, 1993; Schulze-Buschhoff, 1999). Für Männer dagegen erweist sich Teilzeitbeschäftigung meist als eine Durchgangsetappe auf

¹⁵ Inklusion wird in diesem Sinne als Einbeziehung der Erwerbsfähigen in die erwerbstätige Bevölkerung und Exklusion als tendenzielle, arbeitsmarktvermittelte Ausgrenzung von bestimmten Gruppen gedacht.

dem Weg zu einer anderen Beschäftigung (O'Reilly/Bothfeld, 2002; Quack, 1993). Dies scheint eine Folge der strukturierenden Rahmenbedingungen zu sein, deren Einfluss von allen Autoren als wesentliches Element dargestellt wird. Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Faktoren, welche die Übergänge beeinflussen wurde deutlich, dass neben Bildung, Alter, Familienstand, Alter und Anzahl der Kinder auch die Unternehmensgröße eine wesentliche Rolle spielt. Frauen scheinen allgemein durchweg länger in Teilzeitarbeit zu verweilen als Männer (O'Reilly/Bothfeld, 2000; 2002; Schulze-Buschhoff, 1999). Ihre Bildung hat einen signifikanten Einfluss auf die Form der Hazard-Rate: Frauen mit höherer Bildung wechseln demnach eher aus Teilzeitbeschäftigung in eine Vollerwerbstätigkeit als Frauen mit niedrigerer Bildung (Blossfeld und Rohwer, 1997). Auch wechseln teilzeitbeschäftigte verheiratete Frauen mit älteren Kindern seltener in die Nichterwerbstätigkeit, da die Teilzeitbeschäftigung ihre Bindung an den Arbeitsmarkt erhält und den Frauen dennoch die Möglichkeit bietet, verschiedenen Reproduktionsarbeiten nachzugehen. Frauen mit kleineren Kindern zeigten eine deutliche Abwanderung von der Teilzeitbeschäftigung in die Nichterwerbstätigkeit (O'Reilly/Blossfeld, 2002:433; Blossfeld/Rohwer, 1997). Häufig wurde auch beobachtet, dass jüngere Teilzeitbeschäftigte öfter in den Status der Nichterwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit wechseln als ältere Teilzeitbeschäftigte (O'Reilly/Blossfeld, 2000; 2002). Neben diesen wesentlichen Merkmalen zeigte auch die Betriebsgröße einen interessanten Einfluss auf. Sie reduziert die Chance aus der Erwerbstätigkeit herauszufallen (O'Reilly/Blossfeld, 2000; 2002).

Jaqueline O'Reilly und Silke Bothfeld (2000; 2002) untersuchten z. B. im Rahmen der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung, inwiefern Teilzeitarbeit als Instrument von Übergangsmärkten eine integrative Brückenfunktion für Personen außerhalb des Arbeitsmarktes übernehmen kann. Diese integrative Funktion erfordert laut O'Reilly und Bothfeld, in Anlehnung an Schmid (1998; 2002b), bestimmte Charakteristika, wie z. B. die Verstärkung der eigenen Handlungsressourcen, die Bereitstellung materieller Infrastruktur, die Etablierung einer prozeduralen Infrastruktur und die Verfügbarkeit einer verlässlichen rechtlichen Infrastruktur (Schmid, 2002b:232).

Die Autorinnen argumentierten, dass die Charakteristika des Wohlfahrtsstaates direkten Einfluss auf die Integration weiblicher Erwerbstätiger haben. Der Zugang oder Abgang vom Arbeitsmarkt ist somit regulativen, sozialpolitischen Institutionen bzw. Normen unterworfen. Ziel der Analyse war die Identifizierung von Faktoren, die vor den arbeitsmarktpolitischen Hintergründen integrative oder ausschließende Übergangsmuster innerhalb von Teilzeitbeschäftigungs-verhältnissen begünstigen oder beeinträchtigen. Um zu bestimmen, welche Individuen in den Arbeitsmarkt integriert und welche vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, unterschied dieser Ansatz zwischen integrativen, ausschließenden und erhaltenden Übergängen.

Resultierend zeigten O'Reilly und Bothfeld, dass Frauen durchschnittlich 18 Monate in Teilzeitbeschäftigung verweilen, wohingegen Männer nur fünf Monate in Teilzeitbeschäftigung ausharren. Frauen erfuhren meist ausschließende Übergänge (36,8 %) von der Nichterwerbstätigkeit zur Teilzeitbeschäftigung und anschließend wieder in die Nichterwerbstätigkeit. Etwa 29,4 % der Frauen integrierten sich durch einen Übergang von Nichterwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit in Teilzeitbeschäftigung.

Männer dagegen erfuhren überwiegend Übergänge von einer Ausbildung über eine Teilzeitbeschäftigung in eine Ausbildung (32 %). Erhaltende Übergänge in eine Vollzeitbeschäftigung lagen bei Männern an zweiter Stelle. In dieser Untersuchung erfuhren Männer (8,4 %) weitaus mehr Übergänge als Frauen (3,4 %).

Klar wurde, dass Erwerbsmuster, ob integrative oder ausschließende, starke geschlechtliche Kennzeichen tragen. Generell war festzustellen, dass der vorherige Arbeitsstatus den nachfolgenden entscheidend determiniert, ebenso wie das Vorhandensein von Kindern einen signifikanten Einfluss auf die Art des Übergangsmusters hat.

In Anlehnung an die Studien unterscheidet die Analyse der Erwerbsverläufe zwischen den Verweilzuständen :

1. Erwerbstätigkeit (Voll- und Teilzeitbeschäftigung)
2. Arbeitslosigkeit
3. Nichterwerbstätigkeit (Mutterschutz/Elternurlaub, Wehr- und Zivildienst, Rente¹⁶)
4. Ausbildung¹⁷ (Weiterbildung, Umschulung, Lehre, schulische Ausbildung)
5. Hausfrau/mann.

Laut der in Kapitel 2.3 vorgenommene Definition von Inklusion und Exklusion und der Klassifizierungen von Jaqueline O'Reilly/ Silke Bothfeld (2000; 2002) und Ruud Muffels (et al. 2002) werden integrative, exkludierende und erhaltende Erwerbsübergänge definiert. Integrative Übergänge bilden den Zugang zum Arbeitsmarkt durch Übergänge aus Arbeitslosigkeit, Hausfrauenstatus bzw.

¹⁶ Da die Analyse gezeigt hat, dass die Anzahl der Personen, die einen Übergang in die oder aus der Rente erfahren haben, in den einzelnen Subgruppen unwesentlich gering ist (Fallzahl < 20), werden Personen mit diesem Status der Kategorie der Nichterwerbstätigen zugeordnet. Für weiterführende Untersuchungen wäre es jedoch interessant, Personen mit diesem Status separat zu untersuchen.

¹⁷ Die Kategorie der Ausbildung wurde für die Analyse der Erwerbsverläufe separat betrachtet. Für die Ermittlung der Einflussfaktoren wird die Kategorie der der Nichterwerbstätigen zugeordnet. Diese Einteilung wurde vorgenommen,

Hausmännerstatus, Ausbildung oder Nichterwerbstätigkeit in Teilzeitbeschäftigung und wiederum in Erwerbstätigkeit ab. Erhaltende Übergänge zeichnen einen Statuswechsel von Erwerbstätigkeit zu einer Teilzeitbeschäftigung und wiederum in den Status der Erwerbstätigkeit ab, der einen Verbleib auf dem Arbeitsmarkt sichert. Exkludierende Übergänge dagegen spiegeln den Statuswechsel von Hausfrau/mann, Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit in eine Teilzeitbeschäftigung und dann den Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt wider.

4. Der Modellrahmen

Die Analyse wird sich an folgenden Fragestellungen orientieren:

- Welche Übergänge werden von Teilzeitbeschäftigten vorwiegend vorgenommen? Eng damit verbunden die Frage: Aus welchem Zustand wechseln die Teilzeitbeschäftigten in die Teilzeitbeschäftigung und welchem beruflichen Werdegang folgen sie anschließend?
- Wie lange verweilen Teilzeitbeschäftigte in diesem Erwerbsstatus?
- Von welchen Merkmalen hängt der Übergang in einen bestimmten Status ab? Spielt z. B. das Humankapital einer Person eine Rolle? Verhalten sich Personen mit hoher Bildung anders als Personen mit geringer Bildung?
- Welche individuellen, institutionellen und strukturellen Bedingungen beeinflussen die Übergänge in einen anderen Status? Wie gestalten sich Teilzeitepisoden in Abhängigkeit vom familiären Kontext?

Ziel ist es, exkludierende bzw. inkludierende Faktoren auszumachen und institutionell konnotierte geschlechtliche Ungleichheitsprozesse aufzudecken.

4.1 Spezifikation der Hazard-Funktion

Die abhängige Variable der Untersuchung ist die monatliche Hazard-Rate $\lambda(t_i, X_i)$. Dies ist die bedingte Wahrscheinlichkeit für Teilzeitbeschäftigte i mit verschiedenen soziodemografischen unabhängigen Variablen X_i im Monat t_i den Arbeitsmarkt zu verlassen, unter der Bedingung, am Ende des vorherigen Monats $t_i - 1$ noch teilzeitbeschäftigt gewesen zu sein. Dies ist folglich die Wahrscheinlichkeit, dass ein Individuum den Zeitpunkt t erlebt und bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Ereignis für das Individuum eingetreten ist. Die Hazard-Rate $\lambda(t_i, X_i)$ für Person i , deren beobachtete Überlebenszeit t_i und unabhängige Variablen X_i sind (Breslow, 1972; Jenkins, 2003):

da der Status der Ausbildung in dieser Untersuchung ein Sonderfall ist, dessen Beobachtung Thema weiterführender Untersuchungen sein könnte.

$$\lambda(t_i, X_i) = \lambda_0(t_i) \exp(X_i\beta)$$

$\lambda_0(t_i)$ - die unspezifizierte nicht parametrische Baseline-Hazard-Funktion

t_i - Zeit

$\exp(X_i\beta)$ - ist eine positive Funktion der unabhängigen Variablen X_i

X_i - unabhängige Variable

β - der Vektor der Regressionsparameter

Die Dynamik des Prozesses erfordert ein Verfahren, das dies berücksichtigen kann. Deshalb wurde für die individuellen Übergangsmuster von Teilzeitbeschäftigten eine Hazard-Regression geschätzt. Den Daten im monatlichen Design zu diskreten Zeitpunkten (siehe Kapitel 5) wird Rechnung getragen durch eine zeitdiskrete Modellierung der Schätzungen in Form eines ergänzenden Log-Log-Modells.

4.2 Einzelne Episoden¹³

Die zeitdiskrete Hazard-Rate für ein Individuum i ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis im Intervall j^{th} stattfindet, bezogen auf die Zahl in der Risiko-Menge enthaltenen Individuen. Die zeitdiskrete monatliche Sterberate findet sich bei Allison (1984).

Für das ergänzende Log-Log-Modell wird die zeitdiskrete monatliche Sterberate ausgedrückt als (Jenkins, 1995:134; 2003:71ff):

$$h_j = 1 - \exp(-\exp(X\beta + \gamma))$$

X - Vektor der Kovariaten

β - Vektor der zu schätzenden Regressionsparameter

γ - Vektor der Konstanten für $t = 1 \dots T$

Das ergänzende Log-Log-Modell ist ein zeitdiskreter Ausdruck des zeitkontinuierlichen PH-Modells (Prentice/Gloeckler, 1978; Allison, 1984; Meyer, 1990; Jenkins/Garcia-Serrano, 2000).

¹³ In der folgenden Untersuchung werden die von Offe und Hindrichs als „charakteristische Klumpung“ (Offe/Hindrichs, 1984:46) bezeichneten, wiederholbaren Episoden als unabhängig voneinander betrachtet. Hier liegen der Untersuchung einzelne Episoden als Grundgesamtheit zugrunde. Jede Episode wird in die Wahrscheinlichkeitsfunktion als unabhängiges Ereignis aufgenommen. Folglich kann die Annahme der Unabhängigkeit der Episoden voneinander zu Verzerrungen führen (Allison, 1984). Zur Lösung dieses Problems schlug Stevens (1999) eine neue Methode zur Handhabung von wiederholbaren Episoden vor. Auch Ondrich und Rhody (1999) sowie Martin Crowder (2001) zeigten Methoden auf, mit wiederholbaren Episoden umzugehen. Zu konkurrierenden Risiken und wiederholbaren Ereignissen siehe auch Andreß (1992:171ff).

4.3 Mehrzustandsmodell

Viele Studien weisen auf die Vorteile der dynamischen Modellierung von Erwerbsverläufen hin (O'Reilly/Bothfeld, 2000; 2002; Blossfeld/Rohwer, 1997).

Mehrzustandsmodelle unterscheiden – im Gegensatz zu anderen Modellen – zwischen verschiedenen Ausgangs- bzw. Endzuständen innerhalb derselben Risikoperiode. Es liegt demnach nicht nur eine Ereignisart vor, sondern es werden verschiedene konkurrierende Ereignisse miteinander verglichen (Blossfeld et al., 1986:133ff; Andreß, 1992:135ff; Blossfeld/Rohwer, 1995:93ff; Crowder, 2001:83ff; Jenkins, 2003:71ff). Diese Eigenschaft kann man sich zunutze machen, wenn man annimmt, dass der Einfluss der Kovariaten sich zwischen verschiedenen Ereignissen unterscheidet (Allison, 1982).

Der Übergang in einen dieser Zustände bedingt, dass das Individuum nicht mehr dem Risiko ausgesetzt ist, in einen anderen Zustand zu wechseln.

Die zeitdiskrete Hazard-Rate $\lambda(t_i)$ bestimmt sich als (Jenkins, 2003) :

$$\lambda(t_i) = 1 - [(1 - \lambda_a(t_i))(1 - \lambda_b(t_i))(1 - \lambda_c(t_i))(1 - \lambda_d(t_i))]$$

λ_a - latente Hazard-Rate im Übergang zu Erwerbstätigkeit

λ_b - latente Hazard-Rate im Übergang zu Nichterwerbstätigkeit

λ_c - latente Hazard-Rate im Übergang zu Arbeitslosigkeit

λ_d - latente Hazard-Rate im Übergang zum Hausfrauen/männerstatus

Die Analyse erfordert so viele Modelle wie es konkurrierende Endzustände gibt (Singer/Willett, 1993; Yamaguchi, 1991). Die Schätzung erfolgt, indem die jeweils konkurrierenden Ereignisse als rechtszensiert behandelt werden.

Die Likelihood-Funktion für das Mehrzustandsmodell lautet demnach (Jenkins, 2003:72):

$$L = L_a + L_b + L_c + L_d$$

L_a – ist die Wahrscheinlichkeitsverteilung für alle Teilzeitbeschäftigten mit Übergängen in den Endzustand der Erwerbstätigkeit.

L_b – ist die Wahrscheinlichkeitsverteilung für alle Teilzeitbeschäftigten mit Übergängen in den Endzustand der Nichterwerbstätigkeit.

L_c – ist die Wahrscheinlichkeitsverteilung für alle Teilzeitbeschäftigten mit Übergängen in den Endzustand der Arbeitslosigkeit.

L_d – ist die Wahrscheinlichkeitsverteilung für alle Teilzeitbeschäftigten mit Übergängen in den Endzustand des Hausfrauen/männerstatus.

Die Wahrscheinlichkeit des Mehrzustandsmodells berechnet sich aus dem Produkt der einzelnen Hazard-Raten der Endzustände (Narendranathan/Stewart, 1993).

Die dazugehörige Likelihood-Funktion schreibt sich als (Jenkins, 2003:72):

$$L = \prod_i \left\{ \left[\frac{p_a(t_i)}{1-p_a(t_i)} \right]^{\delta_{ai}} \right\} \left\{ \left[\frac{p_b(t_i)}{1-p_b(t_i)} \right]^{\delta_{bi}} \right\} \left\{ \left[\frac{p_c(t_i)}{1-p_c(t_i)} \right]^{\delta_{ci}} \right\} \left\{ \left[\frac{p_d(t_i)}{1-p_d(t_i)} \right]^{\delta_{di}} \right\}$$

$\delta_{ai} = 1$, wenn das Individuum i in die Vollbeschäftigung wechselt, ansonsten $\delta_{ai} = 0$

$\delta_{bi} = 1$, wenn das Individuum i in die Nichterwerbstätigkeit wechselt, ansonsten $\delta_{bi} = 0$.

$\delta_{ci} = 1$, wenn das Individuum i in die Arbeitslosigkeit wechselt, ansonsten $\delta_{ci} = 0$

$\delta_{di} = 1$, wenn das Individuum i in den Hausfrauen/männerstatus wechselt, ansonsten $\delta_{di} = 0$

Für die Analyse wurden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer seit 1984 bestehenden, repräsentativen, jährlichen Wiederholungsbefragung zur Erfassung, Analyse und Interpretation des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels verwendet (SOEP Group, 2001:7ff).

Der Datensatz schließt Daten der Wellen L bis P der Jahre 1995 bis 1999 ein. Die Daten zur Messung des Übergangs von Personen in einen Erwerbsstatus wurden dem monatlichen „Kalender“

entnommen. Dieser beinhaltet detaillierte Informationen über den individuellen Erwerbsstatus des Vorjahres¹⁸.

5. Typen von Erwerbsverläufen

Die Stichprobe beinhaltet 2.173 rechts- und unzensierte Episoden von Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland, die im Zeitraum 1995 bis 1999 mindestens einmal teilzeitbeschäftigt waren. Darunter 371 Episoden von Frauen aus den neuen und 1.218 Episoden von Frauen aus den alten Bundesländern. Des Weiteren befinden sich 144 rechts- und unzensierte Episoden ostdeutscher Männer und 440 rechts- und unzensierte Episoden westdeutscher Männer in der Stichprobe. 1.300 linkszensierte Episoden wurden aussortiert, davon 219 Episoden von Frauen aus den neuen und 893 Episoden von Frauen aus den alten Bundesländern. Ebenso wurden 45 linkszensierte Episoden von Männern aus den neuen Bundesländern und 153 linkszensierte Episoden von Männern aus den alten Bundesländern von der Analyse ausgeschlossen. Die Berechnungen wurden mit einem ungewichteten Panel durchgeführt (siehe Tabelle 1/Anhang).

Aus der Analyse der Überlebensfunktion (survivor function) geht hervor, dass Frauen generell länger in Teilzeitbeschäftigung verweilen als Männer. Die Verweildauer in Teilzeitarbeit ist bei westdeutschen Frauen am längsten. Frauen aus den neuen Bundesländern harren nicht so lange in Teilzeitarbeitsverhältnissen aus. Jedoch ist die Dauer ihrer Episoden länger als die ihrer männlichen Kollegen aus den alten Bundesländern. Männer aus den neuen Bundesländern arbeiten nur kurze Zeit in Teilzeitbeschäftigung, sogar kürzer als ihre männlichen Kollegen aus den alten Bundesländern.

Die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Männer aus den neuen Bundesländern scheidet sogar schon nach ca. sechs Monaten aus. 50 % der teilzeitbeschäftigten Männer aus den alten Bundesländern scheiden nach ca. neun Monaten aus. Bei den ostdeutschen Frauen wechselt die Hälfte der Frauen nach ca. 13 Monaten in einen anderen Status. Frauen aus den alten Bundesländern verweilen am längsten in Teilzeitbeschäftigung: Hier wechseln erst nach 15 Monaten 50 % in einen anderen Status (siehe Tabelle 2/Anhang).

5.1 Inkludierende, exkludierende und erhaltende Übergänge

Dieser Abschnitt zeigt, aus welchem Zustand die Teilzeitbeschäftigten kommen und in welchen Zustand sie nach der Teilzeitbeschäftigung gehen (siehe Tabelle 3/Anhang). Die Betrachtung der

¹⁸ Wichtig ist dabei zu bedenken, dass die Personen eine Selbsteinschätzung des Erwerbsstatus vornehmen. Sie können selbst einschätzen, ob sie teilzeitbeschäftigt sind oder nicht. Das Konzept der Selbsteinstufung in Teilzeitbeschäftigung wurde auch von Ermisch und Wright (1993) sowie Blossfeld und Rohwer (1997) angewandt.

verschiedenen Übergangsmuster gibt einen Aufschluss über die Art und Weise der Übergänge in die und aus der Teilzeitbeschäftigung.

Auch hier liegen teilzeitarbeitende Frauen aus den alten Bundesländern wieder an der Spitze der vier Subgruppen. Sie verweilten nicht nur am längsten in Teilzeitarbeitsverhältnissen, sondern ihnen widerfuhren auch prozentual gesehen mehr exkludierende Übergänge (31,7 %) als den Teilzeitarbeiterinnen aus den neuen Bundesländern (25,9 %) oder den Teilzeitarbeitern aus den neuen Bundesländern (22,2 %) und aus den alten Bundesländern (15,2 %).

Inkludierende Übergangsmuster ließen sich am häufigsten bei den teilzeitarbeitenden Männern in den neuen Bundesländern ausmachen (21,5 %). Auch in den alten Bundesländern erfuhr die Subgruppe der Männer relativ häufig inkludierende Übergänge (19,8 %). Frauen scheinen in beiden Teilen Deutschlands mehr Hürden auf dem Wege in den Arbeitsmarkt nehmen zu müssen. Bei ihnen konnten in den neuen Bundesländern nur 19,1 % und in den alten Bundesländern sogar nur 15,3 % inkludierende Übergänge analysiert werden.

Eine ähnliche Verteilung ist bei den erhaltenden Übergangsmustern zu beobachten. 24,3 % der Männer aus den neuen Bundesländern und 21,8 % der Männer aus den alten Bundesländern erhielten ihre Erwerbstätigkeit aufrecht. Lediglich 20,8 % der Frauen aus den neuen Bundesländern und 14,1 % aus den alten Bundesländern schafften es, wieder eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen. Insgesamt gesehen wurden innerhalb der Subgruppe der Frauen mehr exkludierende Übergangsmuster beobachtet als inkludierende oder erhaltende.

6. Einflussfaktoren

Im Folgenden werden verschiedenste Einflussfaktoren mithilfe des Mehrzustandsmodells näher beleuchtet. Dies ist notwendig, um die Merkmale der Personen zu identifizieren, die Einfluss auf die Übergänge in eines der drei Modelle haben (siehe Tabellen 4;5/Anhang). Dieser Schritt ermöglicht eine detaillierte Auskunft über die Einflüsse der Kovariaten innerhalb der Subgruppen nach den verschiedenen Modellen und zeigt die Risiken und Chancen für die Personen auf dem Arbeitsmarkt auf – welche Faktoren also die Erwerbstätigkeit von Teilzeitbeschäftigten fördern und welche Faktoren eher zu einem Ausschluss der Teilzeitbeschäftigten aus dem Arbeitsmarkt führen. Außerdem unterscheidet die Analyse nach akteursspezifischen, haushaltsstrukturellen, politischen und ökonomischen Faktoren und zeigt deren Einfluss auf die Übergänge in bestimmte Modelle auf. Getestet wird demnach, welche Kovariate bei welcher Subgruppe, den Übergang in welchen Zustand beeinflussen.

6.1 Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in die Erwerbstätigkeit

Die Ergebnisse offenbaren einen eindeutigen Trend: Personen, die von einer Teilzeitarbeit in eine Erwerbstätigkeit wechseln, haben vor der Teilzeitbeschäftigung bereits gearbeitet, eine Ausbildung absolviert oder sind per Arbeitsamt für den Arbeitsmarkt verfügbar gewesen. Junge, unverheiratete und kinderlose Individuen mit Erwerbserfahrung haben demnach gute Chancen, in eine Erwerbstätigkeit d.h. in den Arbeitsmarkt zu inkludieren. Teilzeitarbeit stellt für diese Personengruppe ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt dar.

Zwischen den Subgruppen sind dennoch einige markante Unterschiede zu beobachten. So sind ostdeutsche Männer aus dieser Teilgruppe eher unverheiratet, kinderlos, verfügen über ein hohes Haushaltseinkommen und waren vorher schon einmal arbeitslos. Westdeutsche Männer haben hingegen eine höhere Bildung.

Die ostdeutschen Frauen behindern keine besonderen Determinanten beim Sprung in eine Erwerbstätigkeit. Hier zählt anscheinend nur das Alter der Frauen. Jüngere Frauen finden demnach leichter eine Erwerbstätigkeit als ältere Frauen. Frauen aus den alten Bundesländern demgegenüber sind kinderlos, unverheiratet und leben in einem Haushalt mit hohem Haushaltseinkommen, wenn sie in eine Erwerbstätigkeit wechseln. Bei ihnen scheint es wichtig zu sein, Erfahrungen aus einer Ausbildung bzw. von einem Arbeitsplatz mitzubringen oder arbeitslos zumindest Erwerbsperson gewesen zu sein, um eine Vollerwerbstätigkeit aufzunehmen oder in der Teilzeitbeschäftigung zu verweilen.

6.2 Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in die Nichterwerbstätigkeit

Diese Ergebnisse indizieren ein heterogenes Bild. Ostdeutsche Männer haben demnach eine höhere Bildung genossen und sind kinderlos, wenn sie in die Nichterwerbstätigkeit wechseln. Sie nutzen Teilzeit vermutlich als Notlösung auf dem Weg in eine Vollerwerbstätigkeit, wechseln aber eher in die Nichterwerbstätigkeit, wenn sich keine Möglichkeit bietet, vielleicht eine Ausbildung fortzusetzen, als sich arbeitslos zu melden.

Die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in eine Nichterwerbstätigkeit ist bei den Männern aus den alten Bundesländern determiniert durch eine niedrige Qualifizierung und vorherige Nichterwerbstätigkeit.

Frauen aus dem Osten des Landes zeichnen beim Übergang in die Nichterwerbstätigkeit das Vorhandensein kleiner Kinder und eine vorherige Abwesenheit vom Arbeitsmarkt aus. Westdeutsche Frauen hingegen weisen vorwiegend Merkmale wie die Beschäftigung in kleinen Unternehmen im Handel oder Bankwesen und höheres Alter auf.

6.3 Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in die Arbeitslosigkeit

Die Ergebnisse der Verlaufsanalyse des dritten Modells lassen auch hier einen Trend vermuten. So begünstigt eine schlechte Qualifizierung die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in eine Arbeitslosigkeit. Diese Tendenz ist besonders bei teilzeitarbeitenden Männern zu beobachten. Eine vorherige Arbeitslosigkeit wie auch eine Erwerbsarbeit fördern die Übergangswahrscheinlichkeit in die Arbeitslosigkeit für Frauen in West- und Männer in Ostdeutschland. Vermutlich wollen diese Personen den Kontakt zum Arbeitsmarkt aufrechterhalten.

Aus der Analyse gehen einige auffällige subgruppenspezifische Ergebnisse hervor. So haben ostdeutsche Männer, die von der Teilzeitbeschäftigung in die Arbeitslosigkeit wechseln, eher ältere Kinder und ein geringes Haushaltseinkommen, während westdeutsche Männer deutlich älter sind und in einem Haushalt mit Kindern leben. Westdeutsche Frauen hingegen waren vorher arbeitslos.

6.4 Übergänge von Teilzeitbeschäftigung in den Hausfrauen/männerstatus

Wesentlich sind für diesen Status nur die Resultate für die Subgruppe der westdeutschen Frauen. Demnach haben Frauen, die nach einer Teilzeitarbeit in die Sphäre des Haushalts wechseln, eher kleine Kinder, eine geringe Bildung und waren vorher bereits Hausfrau. Dies lässt die Ad-hoc-These zu, dass es sich hier um „typische“ Hausfrauen handelt, die nur temporär am Arbeitsmarkt teilnehmen und sich danach vermutlich wieder in den Haushalt zurückziehen.

Wie die Analyse zeigt, hilft höhere Bildung Männern aus den alten Bundesländern, von Teilzeitarbeit in eine Vollerwerbstätigkeit bzw. in eine erneute Teilzeitbeschäftigung zu wechseln. Für ihre Kollegen aus den neuen Bundesländern trifft der Umkehrschluss zu: Sie wechseln bei hoher Bildung eher in die Nichterwerbstätigkeit, vermutlich in die Ausbildung, als in irgend einen anderen Zustand. Männern mit höherer Bildung widerfahren dagegen in ganz Deutschland eher seltener Wechsel in die Arbeitslosigkeit. Für Frauen zeigt Bildung nur in Bezug auf den Übergang in die Haushaltssphäre einen Einfluss. So scheint eine höhere Bildung die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in den Status der Hausfrau zu vermindern. Die Annahmen der Humankapitaltheorie treffen somit weitgehend auch auf diese Untersuchung zu.

Neben der Humankapitaltheorie implizierte auch die Theorie individuellen Handelns einige Vermutungen für die ausgeführte Analyse. Verheirateten Personen mit durchschnittlichem Haushaltseinkommen wurden traditionelle oder funktionale Präferenzen sowie eine höhere Wahrscheinlichkeit des Wechsels in die Nichterwerbstätigkeit unterstellt. Postmoderne Präferenzen sollten dagegen solche Personen aufweisen, die unverheiratet sind und über ein hohes Haushaltseinkommen verfügen. Angenommen wurde dabei, dass diese ArbeitnehmerInnen eher in die Erwerbstätigkeit wech-

seln. Die Ergebnisse der Untersuchung indizieren postmoderne Präferenzen für Männer aus den neuen Bundesländern und für Frauen aus den alten Bundesländern. Annahmen über traditionelle Präferenzen können aufgrund nicht vorhandener Effekte in der Analyse nicht vorgenommen werden.

Ferner implizierte die Theorie der Haushaltsstruktur, dass ArbeitnehmerInnen mit einer großen Zahl von Kindern sicherlich in die Haushaltssphäre, also vermutlich in den Hausfrauenstatus oder Mutterschutz/Elternschutz, wechseln, wohingegen Beschäftigte mit wenigen oder keinen Kindern mehr Chancen haben, ihre Erwerbstätigkeit aufrechtzuerhalten oder im Umfang zu erweitern. Dieser generelle Trend war tendenziell über die Subgruppen hinweg erkennbar: So fördern z. B. kleine Kinder den Übergang in die Nichterwerbstätigkeit für Frauen aus den neuen Bundesländern genauso wie für Männer aus den neuen Ländern. Wesentlich war auch das Ergebnis, dass kinderlose Personen anscheinend größere Chancen haben erneut eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Zum Schluss bleiben die Annahmen der Segmentationstheorie zu prüfen. Kleine Firmen fördern demnach den Übergang in die Nichterwerbstätigkeit bzw. Haushaltssphäre eher als große Firmen. Diese Aussage trifft für westdeutsche Frauen zu, jedoch nicht für ostdeutsche und westdeutsche Männer oder ostdeutsche Frauen. Gegenwärtig fördern kleine Unternehmen, besonders im Dienstleistungsgewerbe, offenbar den Übergang der ostdeutschen Männer in die Vollerwerbstätigkeit oder in eine fortlaufende Teilzeitbeschäftigung. Interessant ist auch, dass große Unternehmen die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in eine Erwerbstätigkeit in Westdeutschland negativ beeinflussen.

7. Zentrale Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Teilzeitbeschäftigung nur über ein – zumindest vorläufig – gemäßigt integratives Potenzial verfügt. Hierfür gibt es zahlreiche Gründe: 1. Aus Teilzeitbeschäftigung lässt sich kein unabhängiges Einkommen erzielen, das dazu geeignet ist, eine Familie zu ernähren. 2. Offenbar wird die Vollerwerbstätigkeit der Teilzeitbeschäftigung vorgezogen. 3. In Deutschland ist die Zahl der vorhandenen Teilzeitarbeitsplätze – insbesondere für Fachkräfte – noch relativ gering. Die Personen, bei denen laut Analyse eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, eine Inklusion oder Exklusion per Teilzeitbeschäftigung zu erfahren, weisen eine Anzahl verschiedener Merkmale auf.

So inkludieren in den neuen Bundesländern junge, kinderlose Männer mit hohem Haushaltseinkommen und einiger Berufserfahrung, welche eher in kleinen Unternehmen arbeiten. Diese haben besonders große Chancen sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wohingegen niedrig qualifizierte Männer aus den neuen Bundesländern mit älteren oder keinen Kindern eher wieder aus

dem Arbeitsmarkt exkludieren. Arbeitnehmer aus den alten Bundesländern wiesen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, Teilzeitarbeit als eine Brücke in die Erwerbstätigkeit zu nutzen, wenn sie zuvor ein Studium oder zumindest das Abitur abgeschlossen haben oder in kleineren Unternehmen arbeiteten. Anders sieht es bei den weniger gut qualifizierten Teilzeitbeschäftigten aus: Sie stehen einem größeren Risiko gegenüber aus dem Arbeitsmarkt exkludiert zu werden.

Auch die Frauen aus den neuen Bundesländern zeigten in der Analyse im Vergleich zu den anderen Subgruppen einige markante Merkmale. Jüngere Frauen haben dort eher Chancen sich wieder in den Arbeitsmarkt zu inkludieren als ältere. In die Nichterwerbstätigkeit wechseln Frauen mit jüngeren Kindern und ohne Berufserfahrung. In den alten Bundesländern zählt für die Frauen besonders die Berufs- und Ausbildungserfahrung. Bessere Chancen haben die Arbeitnehmerinnen, wenn sie unverheiratet und kinderlos sind. Ältere verheiratete Frauen mit geringer Bildung, welche in kleinen bis mittleren Unternehmen arbeiten, haben hingegen nur geringe Chancen, sich per Teilzeitbeschäftigung in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die vorgenommenen Auswertungen bestätigen im Wesentlichen folgende Entwicklungen.

Es zeigt sich z.B. ein Rückgang der Gesamtbeschäftigung, der in den neuen Bundesländern und Ostberlin geschlechtsneutral verläuft und in den alten Bundesländern vorwiegend männliche Züge aufweist. Im Gegenzug ist die Frauenerwerbstätigkeit kontinuierlich angestiegen. Dies trifft vorwiegend für den Bereich der Teilzeitarbeit zu.

Die strukturellen Veränderungen im Beschäftigungssystem forcieren ein verändertes Erwerbsverhalten. Zukünftig und bereits jetzt ist ein Anstieg der nicht standardisierten Beschäftigungsformen vor allem in Projektform und auf der Basis unbefristeter Arbeitsverträge zu beobachten. Diese Beschäftigungsverhältnisse (vor allem Teilzeitarbeit) bedingen eine Reformierung, der sie umgebenen Strukturen in Hinblick auf ihren Einfluss auf das Beschäftigungssystem. Aber auch die Erwerbsformen an sich müssen so strukturiert sein, dass sie den Erwerbspersonen Möglichkeiten bieten, sich jederzeit in das Beschäftigungssystem zu inkludieren. Das Augenmerk der Untersuchung lag auf diesem Inklusionspotenzial von Teilzeitbeschäftigung und auf der Frage, wie sich die Entwicklung von nicht standardisierten Arbeitsverhältnissen auf unterschiedliche Subgruppen der Erwerbsbevölkerung in Deutschland auswirkt. Im Hinblick auf eine denkbare Ballung möglicherweise problematischer Episoden in der Erwerbsbiografie der Personen interessierten vor allem Kriterien, die ökonomische, strukturelle, institutionelle und individuelle Strukturen in betracht zogen.

Die Ergebnisse indizieren deutlich erhebliche subgruppenspezifische Unterschiede, in der Art und Weise der Erwerbsmuster der Teilzeitbeschäftigten wie auch in den Faktoren, welche die Übergänge in einen anderen Status beeinflussen.

Wie der Geschlechtervergleich zeigt, tragen Frauen die „Risiken“ bestimmter Beschäftigungsformen durchweg länger als Männer.

Auf Grundlage der Unterschiede kann ad hoc auf spezielle Modelle für die einzelnen Subgruppen geschlossen werden. Frauen aus den alten Bundesländern scheinen demnach: Teilzeitarbeit in ihrer klassischen Form, als Mittel der Vereinbarung von Beruf und Familie, zu nutzen. Für sie ist Teilzeitarbeit nur selten eine Brücke in den Arbeitsmarkt. Frauen aus den neuen Bundesländern und Ostberlin nutzen Teilzeitarbeit als Alternative zur nicht vorhandenen Vollzeitbeschäftigung. Auch für sie hat Teilzeitarbeit nur ein begrenztes Inklusionspotenzial. Teilzeitarbeitende Männer aus den alten Bundesländern haben wie auch diejenigen aus den neuen Bundesländern und Ostberlin eine reale Chance Teilzeitarbeit als Brücke in den Arbeitsmarkt zu nutzen.

Teilzeitbeschäftigung, als Schnittstelle, steht noch ein langer Weg bevor, um als Norm anerkannt zu werden. Derzeit zeigt sie sich eher als Beschäftigungsform für besondere Lebenslagen. In erster Linie hat sie eine Zuverdienstfunktion, d.h. sie ist nicht als Erwerbsform mit existenzsicherndem Einkommen ausgelegt und fördert keineswegs die Absicherung im Alter. Kaum mit Karriere der Personen vereinbar, geringer bezahlt und mit dem Stigma einer nicht „vollwertige Beschäftigung“ belegt, ist Teilzeitbeschäftigung mit größerer Individualisierung von Risiken für bestimmte Teilpopulationen verbunden.

Teilzeitbeschäftigung erfüllt unterschiedliche Funktionen für Frauen und Männer. Der Hauptanteil der Teilzeitbeschäftigten sind immer noch Frauen in Angestelltenverhältnissen. Männer zeigen zwar eine Zunahme in diesen Beschäftigungsverhältnissen, liegen aber immer noch deutlich unter dem Anteil der Frauen.

Männer nutzen Teilzeitbeschäftigung meist als Übergang in eine andere „vollwertigere“ Beschäftigung. Die Analyse zeigte, dass Männer den Beschäftigungswechsel häufiger erfolgreich bewältigen als Frauen. Für Frauen ist Teilzeitbeschäftigung oft die einzige – nicht durchgängige - Erwerbsarbeit in der Familienphase („patch work“ Erwerbskarrieren).

In den Neuen Ländern wird Teilzeitarbeit häufig unfreiwillig als einzige Alternative zu einem „Normalarbeitsverhältnis“ gewählt. Diese Tendenz zeigt sich geschlechtsneutral. Hier ist die Hauptfunktion der Teilzeitarbeit in einer Übergangsphase auf der Suche nach einer Vollzeitbeschäftigung zu suchen. Auch wird Teilzeitarbeit des Öfteren als temporäre Beschäftigungsform in der Familienphase genutzt. Für ostdeutsche Männer gestaltet sich Teilzeitarbeit oftmals als Sprungbrett in die Erwerbstätigkeit oder weiterführende Bildung. Hier schafft den Sprung in die Erwerbstätigkeit meist nur der, der jung, erfahren, alleinstehend und ohne Kinder ist.

In den alten Bundesländern hat sich Teilzeitarbeit unter den weiblichen Erwerbstätigen als Alternative zu einem „Normalarbeitsverhältnis“ etabliert, die den Frauen eine Vereinbarung von Beruf und Hausarbeit ermöglicht. Eine Möglichkeit des Zuverdienstes zum Haushaltseinkommen stellt für diese Personen eine weitere Funktion der Teilzeitarbeit dar. Indes bleibt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung unangetastet. Auch für die Männer aus den alten Bundesländern scheint Teilzeitarbeit in gewisser Weise eine Brückenfunktion in Arbeitsmarkt zu übernehmen, dies aber nur, wenn sie vermutlich am Beginn ihrer Erwerbslaufbahn stehen und nach einer höheren Bildungsqualifikation den Einstieg in die Erwerbstätigkeit finden wollen.

Teilzeitbeschäftigung spielt in Westdeutschland aufgrund des traditionellen Geschlechterkontraktes eine größere Rolle als in Ostdeutschland. Dort war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Vergangenheit politisch erwünscht. Die Erwerbsquote lag ähnlich wie bei Männern. Familien mit zwei Hauptverdienern wurden als normal angesehen. Dies führte zu einer wirtschaftlich eigenständigeren Lebensweise der Frauen, die durch garantierte staatliche Dienstleistungen unterstützt wurde. Trotzdem hatten die Frauen die Verantwortung für die Familienarbeit, was zu einer geschlechtsspezifischen Segregation am Arbeitsmarkt beitrug. Allerdings in geringerem Maße als in Westdeutschland. Durch die neuen Erwerbsverhältnisse treten in höherem Maße Verunsicherungen bei den Frauen aus den neuen Bundesländern auf, da sie mit neuen Abhängigkeiten konfrontiert sind. Dies erklärt auch die vergleichsweise zurückhaltende Haltung gegenüber Teilzeitarbeit und den Wunsch nach Normalarbeitszeitverhältnissen. Es zeigen sich heute noch weniger traditionelle Konstruktionen in Ost- als in Westdeutschland.

Durch die unterschiedlichen Geschlechtsrollenzuweisungen zeigt sich Teilzeitbeschäftigung als geschlechtsspezifische Beschäftigungsform.

Mit zunehmender Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere im Bereich der Teilzeitbeschäftigung, wird das Alleinverdienermodell¹⁹ vom Zuverdienermodell²⁰ abgelöst. Das neue Modell stellt aber keinen Angriff auf den traditionellen Geschlechterkontrakt dar. Die Verantwortung für Familien- und Hausarbeit bleibt vorrangig der Frau vorbehalten. Die Erwerbsarbeit wird dem Mann zugeschrieben. Den Frauen bleibt bei dieser Variante lediglich freigestellt, ob sie erwerbstätig sein möchten. Von vielen Frauen wird dies gewünscht. Diese Präferenz ist ein Ausdruck der Rahmenbedingungen des Wohlfahrtsstaates. Er unterstützt geschlechtsspezifische Verhaltensweisen durch traditionelle Rollenzuweisungen und daraus abgeleitete Strategien zur Alltagsbewältigung. Durch diese Rollenzuweisungen werden die Chancen der Arbeitsmarktinklusion der jeweiligen Subgruppen gemindert oder gestärkt. Im Falle der Frauen gemindert, im Falle der Männer gestärkt.

¹⁹ Der Mann ist der Hauptverdiener des Haushaltes, der Frau fällt die Familien- und Hausarbeit zu.

Die Analyse zeigte aber auch, dass die Erwerbsarbeit einen zentralen Stellenwert für beide Geschlechter hat. So orientieren sich Frauen nicht nur an einem „Hausfrauen-Dasein“. Sie fragen Arbeit nach und melden sich als arbeitslos oder nutzen in verstärktem Maße weiterführende Bildungsmaßnahmen. Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung zeugt von einem langsam fortschreitenden Rollenwandel der Geschlechterbilder, einem verstärkten beruflichen Engagement von Frauen zur wirtschaftlich eigenständigen Absicherung und dem Wunsch nach Vollzeitverhältnissen. Somit kann eine Tendenz zur Aufhebung der Spezialisierung weiblicher Lebensverläufe vermutet werden.

Ziel sollte eine Förderung des in der Analyse bereits zu beobachteten Inklusionspotenzials der Teilzeitarbeitsverhältnisse, deren soziale und rechtliche Anerkennung als „vollwertige Beschäftigungsform“ sowie eine egalitäre Umverteilung von Erwerbsarbeit und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern sein. Dazu wären geschlechtsneutrale institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, wie z.B. Neuerungen im Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht. Aber auch eine Bereitstellung von Dienstleistungen und die Redefinition von Arbeitsbegriffen. Nötig ist aber auch ein Paradigmenwechsel im Sinne einer Entspezialisierung von geschlechtsspezifischen Rollenmustern durch eine egalitäre Verteilung von Haus- und Erwerbsarbeit. Diese Umgestaltungen der Rahmenbedingungen der Schnittstellen zwischen verschiedenen Erwerbsformen, wie Teilzeitarbeit, könnten die Chance einer alternativen Erwerbsform zu dem „Normalarbeitsverhältnis“ immens steigern und so das Inklusionspotenzial dieser Erwerbsform erhöhen.

Aber auch auf individueller Ebene wären eine bessere Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern und eine gemeinsame Verantwortung für Familienarbeit wünschenswert. Wie auch auf individueller Ebene sollten auf kultureller Ebene grundsätzliche Wertemuster, Rollen und Vorstellungen überdacht werden. Nicht nur Traditionen, sondern auch Alltagswissen und Alltagshandeln sollten auf eine egalitäre Arbeitsmarktteilhabe zugeschnitten werden.

Hinzu kommt, dass der konservative deutsche Wohlfahrtsstaat den Frauen und Männern auf ihrem emanzipatorischen Pfad in eine neue Form der Erwerbstätigkeit Steine in den Weg legt und so auch die Bindung der Frauen an die Haushaltsphäre fördert. Die Ehe stellt keine lebenslange Versorgung mehr dar. Männer verdienen immer weniger Familienlöhne. So ist die Erwerbstätigkeit von Frauen notwendig. Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates sollten die Anpassung der Steuer- und Sozialpolitik an eine Zweiverdienermodell, die Individualbesteuerung mit Vergünstigungen für Familien, der Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit und die Verbesserung der Ganztagsbetreuung sein (Schmid, 2002b:232).

²⁰ Der Mann ist der Hauptverdiener des Haushaltes, die Frau der Zuverdiener.

Die Unternehmenspolitik müsste sich flexibel auf Leute mit familiären Verpflichtungen einstellen, Eltern bei Familienaufgaben unterstützen, neue Normen und Arbeitsbegriffe schaffen und die Berufs- und Aufstiegschancen verbessern. Dies wäre auch im Interesse ihrer eigenen Daseinsvorsorge, denn so könnte der Fachkräftemangel gemildert und qualifizierte Arbeitskräfte gesichert werden.

Ob jedoch eine Diffusion der Teilzeitarbeit in Deutschland stattfindet, hängt maßgeblich von der politischen und strukturellen Gestaltung der Rahmenbedingungen der Teilzeitarbeit ab. Hier ist jedenfalls deutlich geworden, dass neben ökonomischen, strukturellen und individuellen Faktoren auch institutionelle Arrangements eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Teilzeitbeschäftigung und dessen Inklusionspotenzial in den Arbeitsmarkt spielen. Die Entwicklung von Teilzeitarbeit zu einer neuen Form des „Normalarbeitsverhältnisses“ hängt maßgeblich von diesen Rahmenbedingungen ab.

Literaturverzeichnis

- Allison, P. D. (1982). Discrete-time methods for the analysis of event histories. In S. Leinhardt (Hg.), *Sociological Methodology*. San Francisco: Jossey-Bass, S. 61-98.
- Allison, P. D. (1984). *Event History Analysis*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Andreß, H.-J. (1992). *Einführung in die Verlaufsdatenanalyse: Statistische Grundlagen und Anwendungsbeispiele zur Längsschnittanalyse kategorialer Daten*. Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung (HSR-Supplement-Heft 5).
- Becker, G. S. (1964). *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education*. New York: Columbia University Press.
- Becker, G. S. (1981). *A Treatise on the Family*. Cambridge: Harvard University Press.
- Blank, R. M. (1994). *The Dynamics of Part-time Work*. NBER Working Paper Nr. 4911. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Blossfeld, H.-P., Hamerle, A. und Mayer, K. U. (1986). *Ereignisanalyse. Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Frankfurt/New York: Campus.
- Bothfeld, S. (1997). *Teilzeitarbeit für alle? Eine Untersuchung von Teilzeit-präferenzen in Deutschland und Großbritannien unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten*. Berlin: WZB.
- Breslow, N. E. (1972). Contribution to the discussion of a paper by D.R. Cox. *Journal of the Royal Statistical Society B*, 34, S. 216-7.
- Castel, R. (1996). Les marginaux dans l'histoire. In S. Paugam (Hg.), *L'exclusion L'état des savoirs*. Paris: La Découverte, S. 3241.
- Castel, R. (2000). Cadrer l'exclusion. In S. Karsz (Hg.), *L'exclusion, définir pour en finir*. Paris: Dunod, S. 3545.
- Crowder, M. (2001). *Classical Competing Risks*. Florida: Chapman and Hall/CRC.
- Doeringer, P. B. und Piore, M. J. (1971). *Internal Labour Markets and Manpower Analysis*. Lexington.
- Ermisch, J. F. und Wright, R. E. (1993). Wages Offers and Full-time and Part-time Employment by British Women. *The Journal of Human Resources* 28, S. 111-133.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The Three Worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, G., Ducan, G., Hemerijck, A. und Myles, J. (Hg.) (2002). *Why We Need a New Welfare State*. New York/Oxford: Oxford University Press.
- Esser, H. (1990). „Habits“, „Frames“ und „Rational Choice“. Reichweite von Theorien der rationalen Wahl (am Beispiel der Erklärung des Befragtenverhaltens). *Zeitschrift für Soziologie* 4, S. 231-247.
- Fagan, C. und Rubery, J. (1996). Transitions between Family Formation and Paid Employment. In G. Schmid, J. O' Reilly und K. Schömann (Hg.), *International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited.
- Fagen, C. und O'Reilly, J. (1998). *Part-Time Prospects: International Comparison of Part-Time Work in Europe, North America and the Pacific Rim*. London: Routledge.

- Fagan, C., O'Reilly, J. und Rubery, J. (1999). Teilzeitarbeit in den Niederlanden, Deutschland und dem Vereinigten Königreich: Eine Herausforderung für den Geschlechtervertrag? *WSI Mitteilungen* 1, S. 58-69.
- Gottschall, K. (2000). *Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuität und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs*. Opladen: Leske +Burich.
- Hadriil, S. (1999). *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. 7. Auflage, Opladen: Leske und Budrich GmbH.
- Hakim, C. (1991). Grateful Slaves and Self-Made Women: Fact and Fantasy in women's work orientations. *European Sociological Review* 2, S. 101-121.
- Hakim, C. und Blossfeld, H.-P. (1997). *Between Equalization and Marginalisation: Women Working Part-Time in Europe and the United States of Amerika*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Hatt, S. (1997). *Gender, Work and Labour Markets*. Basingstoke: Macmillian.
- Häußermann, H. und Siebel, W. (1995). *Dienstleistungsgesellschaften*. Frankfurt am M.: Suhrkamp.
- Jenkins, S. (1995). Easy Estimation Methods for Discrete-Time Duration Models. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 57, S. 129-138.
- Jenkins, S. (2003). *Survival Analysis. Skript*. Unter: [//www.iser.essex.ac.uk/teaching/stephenj/ec968/index.php](http://www.iser.essex.ac.uk/teaching/stephenj/ec968/index.php).
- Kreckel, R. (1992). *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt a.M./ New York: Campus.
- Kronauer, M. (2002). *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt, New York: Campus.
- Lewis, J. und Ostner, I. (1994). *Gender and the Evolution of European Social Policies*. Bremen: ZeS-Arbeitspapier Nr.4.
- Marshall, T. H. (1992). Staatsbürgerrechte und soziale Klassen. In T. H. Marshall (Hg.), *Bürgerrechte und soziale Klassen: Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt a.M./New York, S. 33-94.
- Maurice, M., Sellier, F. und Silvester, J. J. (1982). *Politique d'éducation et organisation industrielle en France et en Allemagne. Essai d'analyse sociétale*. Paris: PUF.
- Mincer, J. (1962). On the Job Training: Costs, Returns and Implications. *Journal of Political Economy* 70, S. 50-79.
- Mikrozensus (2002). *Leben und Arbeiten in Deutschland*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Muffels, R., Willhagen, T. und van den Heuvel, N. (2002). *Labour Market Transitions and Employment Regimes. Evidence on the Flexibility-Security Nexus in Transitional labour Markets*. Berlin: WZB.
- Narendranathan, W. und Stewart, M. B. (1993). Modelling the probability of leaving unemployment: Competing risk models with flexible baseline hazard. *Journal of the Royal Statistical Society. Applied Statistics* 41, S. 361-382.
- OECD (2001). *Employment Outlook*. Paris:OECD.
- Offe, C. und Hindrichs, K. (1984). Sozialökonomie des Arbeitsmarktes: primäres und sekundäres Machtgefälle. In C. Offe (Hg.), *Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsaussichten*. Frankfurt am M./New York: Campus, S. 44-86.

- Offe, C. und Hinrichs, K. (1977). Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage benachteiligter Gruppen von Arbeitnehmern. In C. Offe (Hg.), *Opfer des Arbeitsmarktes*. Neuwied-Darmstadt: Luchterhand, S. 3-61.
- Ondrich, J. und Rhody, S. E. (1999). Multiple Spells in the Prentice-Gloeckler-Meyer likelihood with unobserved heterogeneity. *Economic Letters* 63, S. 139-144.
- O'Reilly, J. und Bothfeld, S. (2000). Moving up or out? Transitions through part-time employment in Britain and Germany. In J. O'Reilly, I. Cebrian und M. Lallement (Hg.), *Working – Time Changes. Social Integration Through Transitional Labour Markets*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing Limited, S. 132-172.
- O'Reilly, J. und Bothfeld, S. (2002). What happens after working part time? Integration, maintenance or exclusionary transitions in Britain and western Germany. *Cambridge Journal of Economics* 26, S. 409-439.
- Ott, N. (1991). Die Wirkung politischer Maßnahmen auf die Familienbildung aus ökonomischer und verhandlungstheoretischer Sicht. In F. Mayer, J. Allmendinger und Huinink (Hg.), *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt/NewYork: Campus, S. 385-407.
- Parkin, F. (1983). Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung. In R. Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Otto Schwartz, S. 121-136.
- Pfau-Effinger, B. (1996). *Analyse des Wandels der Geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Internationalen Vergleich – theoretischer Ansatz und empirische Ergebnisse*. Bremen: Universität Bremen ZWE „Arbeit und Region“ Nr. 22.
- Pfau-Effinger, B. (1998). Arbeitsmarkt- und Familiendynamiken in Europa – Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse. In B. Geissler, F. Maier und B. Pfau-Effinger (Hg.), *Frauen-ArbeitsMarkt. Der Beiträge der Frauenforschung zur sozio-ökonomischen Theorieentwicklung*. Berlin: Ed. Sigma, S. 177-194.
- Piore, M. J. (1969). On-the-job training in the dual labor market public and private responsibilities in on-the-job training of disadvantaged workers. In A. R. Weber, F. H. Cassel und W. L. Ginsburg (Hg.) *Public-Private Manpower Politics*. Madison, WI: Industrial research Association Series, S.101-132.
- Quack, S. (1993). *Dynamik der Teilzeitarbeit. Implikationen für die soziale Sicherung von Frauen*. Berlin: Sigma.
- Rubery, J. und Fagan, C. (1995). Does Feminization Mean a Flexible Labour Force? In R. Hymann und A. Ferner (Hg.), *New Frontiers in European Industrial Relations*. Oxford: Blackwell, S. 140-166.
- Rubery, J. (1998). Part-Time Work: A threat to Labour Standards? In J. O'Reilly und C. Fagan (Hg.), *Part-Time Prospects: International Comparison of Part-Time Work in Europe, North America and the Pacific Rim*. London: Routledge. S. 131-155.
- Rubery, J., Smith, M., Anox, D. und Flood, L. (2001). The Future European Labour Supply: The Critical Role Of The Family. *Feminist Economics* 3, S. 33-69.
- Sainsbury, D. (Hg.) (1994). *Gendering welfare states*. London [u.a.]: SAGE Publications.
- Schmid, G. (1994). *Übergänge in die Vollbeschäftigung Formen und Finanzierung einer zukunfts-gerechten Arbeitsmarktpolitik*. Berlin: WZB.
- Schmid, G. (2000). Foreword. In J. O'Reilly, I. Cebrian und M. Lallement (Hg.), *Working-Time Changes. Social Integration Through Transitional Labour Markets*. Cheltenham, UK: Edward Elgar. S. X-XXI.

- Schmid, G. (2002a). Förderung der Gleichstellung der Geschlechter durch Übergangsmärkte. In K. Gottschall und B. Pfau-Effinger (Hg.), *Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske und Budrich, S. 281-307.
- Schmid, G. (2002b). *Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schunter-Kleemann, S. (Hg.) (1992). *Herrenhaus Europa – Geschlechter-verhältnisse im Wohlfahrtsstaat*. Berlin: Ed. Sigma.
- Schulze-Buschhoff, K. (1999). *Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland*. Berlin: WZB.
- Sesselmeier, W. und Blauermel, G. (1997). *Arbeitsmarkttheorien: ein Überblick*. Heidelberg: Physica-Verlag.
- Singer, J. D. und Willett, J. B. (1993). It's about time: Using discrete-time hazard analysis to study duration and the timing of events. *Journal of Educational Statistics* 2, S. 155-195.
- Stevens, A. H. (1999). Climbing out of poverty, falling back in. *The Journal of Human Resources* 34, S. 557-588.
- SOEP Group (2001). The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years - Overview. In E. Holst, Dr. D.R. Lillard und T. A. DiPrete (Hg.), Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000). *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 70, S. 7-14.
- Walby, S. (1990). *Theorizing Patriarchy*. Oxford: Blackwell.
- Yamaguchi, Y. (1991). *Event history analysis*. Newbury Park: Sage.

Anhang

Tabelle 1: Episoden nach Region und Geschlecht

Episodenart	Neue Bundesländer und Ostberlin				Alte Bundesländer			
	Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unzensiert	262	44,4	119	63,0	797	37,8	357	60,2
Rechtszensiert	109	18,5	25	13,2	421	19,9	83	14,0
Linkszensiert	219	37,1	45	23,8	893	42,3	153	25,8
Insgesamt	590	100	189	100	2.111	100	593	100

Tabelle 2: Pseudoüberlebenszeiten in West- und Ostdeutschland nach Geschlecht

Überlebenszeit (in Monaten)	Neue Bundesländer und Ostberlin				Alte Bundesländer			
	Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	Überlebensfunktion	% Episoden überlebt	Überlebensfunktion	% Episoden überlebt	Überlebensfunktion	% Episoden überlebt	Überlebensfunktion	% Episoden überlebt
- 12 Monate	0,5090	56,1	0,2670	30,6	0,5526	60,3	0,3484	44,8
- 24 Monate	0,3335	30,2	0,1557	10,4	0,4037	34,8	0,2082	18,4
- 36 Monate	0,2753	16,4	0,1168	4,2	0,3312	20,3	0,1493	8,2
- 48 Monate	0,2133	8,4	0,0934	2,1	0,2778	9,6	0,1268	3,2
- 60 Monate	0,1889	4,3	0,0934	1,4	0,2372	4,4	0,0986	1,8
50 % Überlebenszeit	13 Monate		6 Monate		15 Monate		9 Monate	
N (Fallzahl)	371		144		1.218		440	

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 1995-1999; Berechnungen des DIW Berlin. Bemerkung: Prozente wurden gerundet und sind ungewichtet.

Tabelle 3: Erwerbsverläufe in Ost- und Westdeutschland nach Geschlecht

	Neue Bundesländer und Ostberlin		Alte Bundesländer	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Anzahl Verläufe	371	144	1.218	440
% Anteil an allen Erwerbsverläufen	17,0	6,6	56,0	20,2
davon:				
exkludierende Übergänge	25,9	22,2	31,7	15,2
inkludierende Übergänge	19,1	21,5	15,3	19,8
erhaltende Übergänge	20,8	24,3	14,1	21,8
sonstige oder Übergänge in Ausbildung	6,0	(4,9)	4,4	9,7
sonstige Verläufe	15,4	(13,2)	16,3	21,6
rechtszensierte Verläufe	12,9	13,9	18,2	11,8

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 1995-1999; Berechnungen des DIW Berlin.

Bemerkungen: / () Fallzahl unter 20; Prozente gerundet und ungewichtet

Tabelle 4: Modelle für die Übergänge in ERW, NERW, ALO, HAUS im Zeitraum von 1995 bis 1999 (Neue BL und Ostberlin)

Kovariate	Übergänge in: ERW		Übergänge in: NERW		Übergänge in: ALO		Übergänge in: HAUS	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Humankapital-Aspekte :								
<i>Bildung in Jahren:(R - unter 10)</i>								
mittlere Reife : 10 – 12	-0,031	0,068	-0,118	1,348**	1,091	-2,594*	(1,293***)	/
über 12	0,356	0,657	1,240	1,214***	-1,107	-3,221**	(1,471***)	/
Arbeitsmarkt Segmentation :								
<i>Betriebsgröße (Anzahl der Beschäftigten): (R - mittel: 20 – 200)</i>								
klein: 5 – 20	-0,087	1,150**	-0,921	-0,642	-0,169	-0,266	(3,174***)	/
groß: über 200	-0,419	-0,079	0,044	0,027	-0,760	1,082	(1,280)	/
<i>Branche:</i>								
Handel und Banken	0,160	-0,933*	0,563	1,899	0,103	1,249	(0,201)	/
Industrie/Landwirtschaft	0,056	0,264	-0,061	0,124	-0,099	0,870	(0,009)	/
Akteurspezifische Aspekte und Haushaltscharakteristika :								
<i>Alter in Jahren:(R - unter 25)</i>								
zwischen 26 – 54	0,633	-1,018	-0,705	-0,722	-1,271	-0,831	(0,064)	/
über 55	0,920	-0,918	-0,186	-1,414	-1,108	-1,471	(2,003)	/
Alter	-0,039*	0,048	-0,013	-0,029	-0,005	-0,006	(-0,032)	/

Bemerkungen: / = keine Beobachtungen; () – Fallzahl < 20; --- = entfernt wegen Kollinearität, +++ = entfernt, weil es „predicts failure perfectly“, (R) – Referenzkategorie, ERW – Erwerbstätige; NERW – Nichterwerbstätige; ALO – Arbeitslose; HAUS – Hausfrauen/männer
 Signifikanz-Niveau : 5%=*signifikant, 1%**hoch signifikant, 0,1%***höchst signifikant; Datenbasis: SOEP/Längsschnittdatensatz,

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 1995-1999; Berechnungen des DIW Berlin.

Fortsetzung von Tabelle 4

Kovariate	Übergänge in: ERW		Übergänge in: NERW		Übergänge in: ALO		Übergänge in: HAUS	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
<i>vorheriger Erwerbsstatus: (R - Hausfrau/mann)</i>								
Arbeitslos	0,910	1,466*	-0,454	-1,367	1,183	1,466***	(-0,936)	/
Erwerbstätig	1,208*	1,035	-1,584*	0,047	0,479	1,518**	(-2,451*)	/
Nichterwerbstätig	1,167*	-0,273	-1,778*	-1,039	-0,051	1,372**	(-2,930*)	/
<i>Familienstand: (R – nicht verheiratet)</i>								
Verheiratet	0,303	-1,372***	-1,224**	0,331	0,124	0,838	(1,298)	/
<i>Haushaltsnettoeinkommen (HNE): (R - HNE niedrig < 75 %)</i>								
HNE mittel (75 – 150 %)	0,077	0,240	-0,048	-1,048	-0,208	-1,802*	(0,176)	/
HNE hoch (> 150 %)	-0,579	1,759***	0,685	-1,378	-0,036	-0,770	(+++)	/
<i>Alter des jüngsten Kindes in Jahren: (R - unter 3)</i>								
zwischen 4 – 6	-0,287	+++	+++	+++	-0,579	+++	(+++)	/
über 6 bis unter 16	0,316	1,501***	-2,019***	1,488***	0,278	2,004	(-2,955**)	/
keine Kinder	0,612	1,046	0,707	-1,287***	-1,046	-1,131***	(-1,511***)	/
<i>Anzahl der Kinder im Haushalt: (R - keine Kinder)</i>								
1 und mehr Kinder	0,112	-1,281***	2,144*	-2,832***	-0,959	-1,214***	(-1,274***)	/
Log-likelihood	-685,04	-228,64	-258,04	-338,51	-351,58	191,65	(-98,07)	/
Wald - χ^2	41,00	78,49	89,31	110,41	41,32	71,84	(60,65)	/
Fallzahl	149	68	50	23	66	24	17	1

Bemerkungen: / = keine Beobachtungen; () – Fallzahl < 20; --- = entfernt wegen Kollinearität, +++ = entfernt, weil es „predicts failure perfectly“, (R) – Referenzkategorie, ERW – Erwerbstätige; NERW – Nichterwerbstätige; ALO – Arbeitslose; HAUS – Hausfrauen/männer
Signifikanz-Niveau : 5% = *signifikant, 1% = **hoch signifikant, 0,1% = ***höchst signifikant; Datenbasis: SOEP/Längsschnittdatensatz

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 1995-1999; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 5: Modelle für die Übergänge in ERW, NERW, ALO, HAUS im Zeitraum von 1995 bis 1999 (Alte Bundesländer)

Kovariate	Übergänge in: ERW		Übergänge in: NERW		Übergänge in: ALO		Übergänge in: HAUS	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Humankapital-Aspekte :								
<i>Bildung in Jahren:(R - unter 10)</i>								
mittlere Reife : 10 – 12	-0,060	1,093**	-0,197	-0,401	-0,291	-0,319	-0,452*	(0,507)
über 12	0,225	0,897**	0,358	-0,690*	-0,130	-1,610**	-0,430	(+++)
Arbeitsmarkt-Segmentation :								
<i>Betriebsgröße (Anzahl der Beschäftigten): (R - mittel: 20 – 200)</i>								
klein: 5 – 20	0,155	0,330	0,508*	0,510	0,068	-0,620	0,107	(-0,182)
groß: über 200	-0,280	-0,728**	-0,208	-0,126	-0,454	-1,661*	-0,216	(-2,420)
<i>Branche: Dienstleistung (R)</i>								
Handel und Banken	-0,309*	0,235	-0,546*	0,226	0,174	-0,281	0,580**	(0,064)
Industrie/Landwirtschaft	0,040	0,378	-0,119	0,377	-0,265	0,706	0,271	(+++)
Akteursspezifische Aspekte und Haushaltscharakteristika :								
<i>Alter in Jahren:(R - unter 25)</i>								
zwischen 26 – 54	0,088	0,234	-0,485	0,969	-0,841	1,047	0,361	(1,518***)
über 55	0,206	0,265	1,421**	0,223	-0,310	2,853	0,127	(1,477***)
Alter	-0,018*	-0,0113	-0,062***	-0,045*	-0,029	-0,105**	5,820	(0,059)

Bemerkungen: / = keine Beobachtungen; () – Fallzahl < 20; --- = entfernt wegen Kollinearität, +++ = entfernt, weil es „predicts failure perfectly“, (R) – Referenzkategorie, ERW – Erwerbstätige; NERW – Nichterwerbstätige; ALO – Arbeitslose; HAUS – Hausfrauen/männer
Signifikanz-Niveau : 5% = *signifikant, 1% = **hoch signifikant, 0,1% = ***höchst signifikant; Datenbasis: SOEP/Längsschnittdatensatz

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 1995-1999; Berechnungen des DIW Berlin.

Fortsetzung von Tabelle 5

Kovariate	Übergänge in: ERW		Übergänge in: NERW		Übergänge in: ALO		Übergänge in: HAUS	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
<i>vorheriger Erwerbsstatus: (R - Hausfrau/mann)</i>								
Arbeitslos	0,545*	-0,133	-0,463	-1,000*	1,251***	0,065	-0,589	(1,650***)
Erwerbstätig	1,019***	0,461	-0,155	-0,801*	-0,269	-0,138	-0,497*	(1,633***)
nichterwerbstätig	0,373*	0,032	-0,227	-1,061**	-0,130	-1,119	-0,338	(1,633***)
<i>Familienstand: (R – nicht verheiratet)</i>								
Verheiratet	-0,336*	-0,197	-0,209	-0,787	0,599	-0,86	0,170	(-3,775)
<i>Haushaltsnettoeinkommen (HNE): (R - HNE niedrig < 75 %)</i>								
HNE mittel (75 – 150 %)	0,219	-0,108	-0,059	0,306	-0,077	-0,616	-0,251	(1,366)
HNE hoch (> 150 %)	0,370*	-0,115	0,245	0,248	-0,312	-0,505	-0,375	(+++)
<i>Alter des jüngsten Kindes in Jahren: (R - unter 3)</i>								
zwischen 4 – 6	-0,638*	0,590	-0,081	-0,440	-0,989	-0,556	0,181	(+++)
über 6 bis unter 16	-0,432*	0,450	-0,379	0,173	0,677	-0,468	0,152	(-2,393)
keine Kinder	1,194***	0,162	0,286	0,907	0,310	1,606	-0,917**	(-1,522***)
<i>Anzahl der Kinder im Haushalt: (R - keine Kinder)</i>								
1 und mehr Kinder	1,188**	-0,242	0,021	0,871	-0,834	2,163*	0,871*	(-1,125***)
Log-likelihood	-1802,72	-804,18	-1074,61	-496,43	-517,30	-185,08	-1369,71	(-665,80)
Wald $-\chi^2$	162,28	56,92	144,36	59,52	99,35	50,50	139,51	(1622,13)
Fallzahl	364	191	196	105	82	34	259	12

Bemerkungen: / = keine Beobachtungen; () – Fallzahl < 20; --- = entfernt wegen Kollinearität, +++ = entfernt, weil es „predicts failure perfectly“, (R) – Referenzkategorie, ERW – Erwerbstätige; NERW – Nichterwerbstätige; ALO – Arbeitslose; HAUS – Hausfrauen/männer
Signifikanz-Niveau : 5%=*signifikant, 1%=**hoch signifikant, 0,1%=***höchst signifikant; Datenbasis: SOEP/Längsschnittdatensatz

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 1995-1999; Berechnungen des DIW Berlin

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

- | | | | |
|-------------|---|-----------------------------------|--|
| Nr. 1/1995 | - | Dieter Holtmann | Modelle der Sozialstruktur |
| Nr. 2/1996 | - | Dieter Holtmann | Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur und in der politischen Landschaft |
| Nr. 3/1997 | - | Ulf Rostalsky | Entwicklungstendenzen von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern |
| Nr. 4/1998 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen |
| Nr. 5/1998 | - | Steffen Weber | Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA |
| Nr. 6/1999 | - | Christian Dössel | Lebenszufriedenheit unter dem Einfluss ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP |
| Nr. 7/1999 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von geschlechtsspezifischen beruflichen Lagen |
| Nr. 8/1999 | - | Tilo Görl | Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern |
| Nr. 9/2000 | - | Mona Youssef | Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit |
| 0/2000 | - | Dieter Holtmann | Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action |
| Nr. 11/2000 | - | Claudia Vogel | Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien |
| Nr. 12/2001 | - | Elisabeth Holtmann | Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ |
| Nr. 13/2001 | - | Claudia Buchheister,
Tilo Görl | Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit - Empirische Analysen - |

